

1938: Der „Anschluß“

# 1938

1938: DER „ANSCHLUSS“



# Der „Anschluß“

Die Erinnerung an den „Anschluß“ 1938 innerhalb der österreichischen Nachkriegsgesellschaft beschränkte sich auf die außenpolitischen und militärischen Vorgänge im Jahr 1938. Die daraus abgeleitete These vom erzwungenen und gewaltsamen „Anschluß“ an das nationalsozialistische Deutschland trug wesentlich zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos der Nachkriegszeit bei. Die diesem Mythos widersprechenden historischen Tatsachen wie die Anschlußbegeisterung weiter Teile der österreichischen Bevölkerung, der hohe Anteil von ÖsterreicherInnen in Funktionen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, die Pogrome gegen Juden und Jüdinnen, „Arisierungen“ und Vertreibungen wurden dabei lange Zeit verdrängt.

Demgegenüber ist in den letzten zehn Jahren verstärkt die auf den März 1938 folgende Periode nationalsozialistischer Herrschaft in Österreich untersucht worden. Dabei

wurde ein spezifisches Merkmal des nationalsozialistischen Systems deutlich – die Verknüpfung unterschiedlicher Herrschaftsstrategien: Neben Terror, Ausgrenzung und Vernichtung von Bevölkerungsgruppen, neben einer umfassenden Kontrolle durch Aus- und Gleichschaltung gesellschaftlicher Organisationen wie zum Beispiel der Gewerkschaften gab es auf der anderen Seite ebenso Versuche, durch „positive“ wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen die Akzeptanz des NS-Regimes bei der Bevölkerung zu fördern.

Die folgenden Texte beschäftigen sich daher nicht mit dem Ereignis „Anschluß“ an sich, sondern einerseits mit den Brüchen und Kontinuitäten in der politischen Haltung der österreichischen Bevölkerung, die über den März 1938 hinweg verliefen, und andererseits mit den konkreten Auswirkungen nationalsozialistischer Herrschaft in Österreich am Beispiel der Sozialpolitik.

## ZWISCHEN AKZEPTANZ UND DISTANZ

GERHARD BOTZ

1. Ein ausschließlich diplomatiegeschichtlicher und außenpolitischer Zugang zum Problem „Anschluß“ tendiert dazu, einseitig und apologetisch im Sinne der doppelten „Opferthese“ (Österreich als Opfer Deutschlands und eines von außen kommenden Nationalsozialismus) zu werden. Dieser zweifelsohne nicht unwesentliche Aspekt des „Anschlusses“ als einer ausländischen Intervention ist, wie 1978 vorgeschlagen<sup>1</sup>, zu ergänzen durch das Moment der Machtübernahme des österreichischen Nationalsozialismus von innen, konkret: einer Machtübernahme von oben und einer Machtübernahme von unten. Erst in der wechselseitigen Verschränkung dieser drei Prozesse wird der „Anschluß“ von 1938 voll erklärbar.

2. Jede Darstellung der objektiven und subjektiven Lage der österreichischen Bevölkerung nach dem „Anschluß“, die nur auf Unterdrückung und Verfolgung abhebt<sup>2</sup>, ist einseitig, sosehr diese Elemente in der historischen Wertung des NS-Regimes für jeden demokratischen Standpunkt bestimmend sind. Eine solche Darstellung des NS-Regimes als rein terroristisch widerspricht nicht nur zahlreichen Quellenbefunden, sondern auch der selbst nach mehr als 40 Jahren immer noch lebendigen Populärtradition über die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich. Ihr ist, anknüpfend an die realen Erfahrungen breiter Teile der Bevölkerung, deren Erinnerung in diesem Punkt nicht ganz trügt, der Aspekt des Konsenses mit dem Nationalsozialismus entgegenzustellen, und zwar im Sinne eines Sowohl-als-auch, einer Janusköpfigkeit<sup>3</sup> des Regimes bzw. einer ambivalenten Haltung<sup>4</sup> der Bevölkerung zum Regime.

3. Jedes nur die Brüche, die Diskontinuitäten und das Ausnahmehafte betonende Herangehen an die Geschichte der siebenjährigen NS-Herrschaft verliere das eigentliche historiographische Problem und das demokratiepolitische Anliegen der österreichischen Zeitgeschichte aus dem Auge. Es wäre ein wesentliches Merkmal der „Verdrängung“ einer belastenden Vergangenheit und bedarf heute einer gegensteuernden Betonung der Kontinuitätslinien in der österreichischen Geschichte unter Einschluß der Zeit des Nationalsozialismus. Denn es gibt in der österreichischen Gesellschaft langfristig konstante, periodenübergreifende

Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem „Anschluß“

de Strukturen, Ideologien und Mentalitäten, die zwar keineswegs vollständig mit dem Nationalsozialismus identisch sind, diesen aber dennoch hervorgebracht haben. Auf ihnen baute der Nationalsozialismus sein Regime auf, und in sie hinein ist er nach 1945 wieder „verschwunden“. Dieses politisch-gesellschaftliche Phänomen soll nicht ausschließlich auf ein einziges „Lager“ innerhalb der österreichischen politischen Kultur, die (deutsch-)„nationale“ Gruppierung, bezogen sein, wenngleich es in diesem „Lager“ seine stärkste Tradition hat. Als Bezeichnung für dieses Phänomen, das sich zugegebenermaßen noch einer präzisen Beschreibung entzieht, bietet sich „paranazistisches Substrat“<sup>5</sup> an.

Gerade weil manche Selbststilisierungen des NS-Regimes in der Bevölkerung eine so breite, aber – das sei zur Ehre der österreichischen Widerstandskämpfer und aller sich den Herrschaftsansprüchen des NS-Regimes Entziehenden gesagt – eben nicht allumfassende Resonanz gefunden haben, mußte die Zweite Republik geradezu als *Anti-These zum Nationalsozialismus*<sup>6</sup> und „Anschluß“ geschaffen werden. Zugleich erleichterte es diese (bis 1955 in Abwehr alliierter Reparationsansprüche<sup>7</sup> einigermaßen zu rechtfertigende) Anti-These jedoch auch, daß sich das österreichische Geschichtsbild und nicht wenige geschichtswissenschaftliche Darstellungen Scheuklappen anlegten. Ja, man kann sagen, daß diese Anti-These in der weiteren Folge sogar zu einer schweren Hypothek des politisch-aufklärerischen Auftrags an die Zeitgeschichte wurde.<sup>8</sup> Denn hinter dem staatspolitischen Eifer der Initiierung eines österreichischen Nationsbewußtseins blieb die demokratiepolitisch ebenso wichtige Aufgabe der tiefgreifenden Überwindung des nationalsozialistischen Erbes zweitrangig. Ja, erstere wurde gewissermaßen zum Ersatz für letztere.

Die Konsequenzen dieses Weiterlebens des von allen politischen Bildungsbemühungen<sup>9</sup> nur wenig berührten „paranazistischen Substrats“ und der in den achtziger Jahren schwindenden Reichweite des antinazistischen Elitenkonsenses sind seit 1985/86 offenkundig geworden. Vollends zeigte sich dieses Defizit 1987/88 in den Kontroversen um einen herausgehobenen individuellen Fall, die Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims, aber noch mehr in der wieder beginnenden Debatte um die kollektive Identität der Österreicher aus Anlaß des 50. „Bedenkens“ des „Anschlusses“. /.../

In der Folge werde ich nach drei Perioden getrennt einige Fragen nach der Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum NS-Regime zu beantworten suchen, und zwar für die Periode kurz vor dem „Anschluß“, für den Zeitraum etwa von Mitte März bis Mai 1938 und für die Monate und Jahre bis zum Kriegsausbruch bzw. Überfall auf Rußland. Dabei sei ausdrücklich betont, daß mir das eigentliche Forschungsproblem weder bei den (keineswegs so zahlreichen) fanatischen Nationalsozialisten noch bei den relativ wenigen bewußten politischen Widerstandskämpfern zu liegen scheint, sondern in der Grauzone aller Abstufungen dazwischen. Es ist davon auszugehen, daß die Einstellungen zum NS-Regime innerhalb einer sozialen Gruppe und sogar in ein und derselben Person nur selten konsistent waren, das heißt, daß sich bei Individuen wie ganzen Kollektiven in der Regel Akzeptanz und Ablehnung verschiedener Aspekte der NS-Herrschaft überlagerten. Gerade dies macht eine Beurteilung der Einstellungen und Haltungen der österreichischen Bevölkerung zum NS-Regime so schwierig.

## Die Zeit vor dem „Anschluß“

Die Ausgangslage der Erörterung des Themas ist in der politisch-gesellschaftlichen Struktur des halbfaschistischen, „ständestaatlich“ verbrämten autoritären Regimes Dollfuß' und Schuschniggs<sup>10</sup> gegeben. Ohne hier auf Details eingehen zu können, seien doch die wesentlichsten Momente angeführt, ohne die der Einstellungsumschwung im Zuge des „Anschlusses“ von einer relativ starken proösterreichischen und den „Ständestaat“ unterstützenden Einstellung zur „Anschluß“- und Hitlerbegeisterung wohl nicht erklärt werden kann.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß das Nationsbewußtsein des Großteils der österreichischen Bevölkerung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre noch immer stark deutsch-national geprägt war. Anton Staudinger hat gezeigt<sup>11</sup>, wie brüchig die Versuche Dollfuß' –

und noch mehr die seines Nachfolgers im Bundeskanzleramt – waren. Sie zielten auf eine interne Integration der „patriotischen“ Gruppierung und auf eine Abwehr der nationalsozialistischen Bedrohung durch die Schaffung einer neuen Österreichideologie; doch blieb diese „katholische“ Österreichidee – wohl unvermeidbar – im Grunde immer noch dem deutschnationalen Denken verhaftet. Sozialmonarchistische und kommunistische Versuche einer Neudefinition des österreichischen Nationsbewußtseins kamen zu spät.<sup>12</sup>

Immerhin erfuhr aber der traditionelle Patriotismus des katholisch-konservativen Sektors dadurch eine Stärkung, während die Auswirkungen der in Österreich nur zögernd überwundenen Weltwirtschaftskrise in den beiden anderen „Lagern“ der österreichischen Gesellschaft die permanent seit 1918 mehr oder weniger starken Anschlußbestrebungen stärkten. Dies gilt nicht nur für die nationale Identität der städtischen Mittelschichten und des Bildungsbürgertums, die ohnehin überwiegend deutsch war, sondern auch für die ehemals „marxistische“ Arbeiterschaft. Deren Internationalismus und spezifisch austroroxistischer begründeter Deutschnationalismus waren schon vor 1933 oder gar vor 1918 der Ausbildung eines spezifisch österreichischen Patriotismus innerhalb der Arbeiterbewegung im Wege gestanden.<sup>13</sup> /.../

Eine andere strukturelle Konstante, die die Einstellung der Österreicher zum Nationalsozialismus vor wie nach dem „Anschluß“ prägte, ist der Antisemitismus. Er war in Österreich – vergleichbar den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern – wohl stärker als in jedem anderen westeuropäischen Land.<sup>14</sup> Dabei ist nicht in erster Linie an die Wirkung des Rassenantisemitismus<sup>15</sup> zu denken, auch wenn diese radikalere und „modernere“ Form des Judenthasses sowohl Hitlers Judenbild<sup>16</sup> wie die nationalsozialistische Judenverfolgungspolitik in letzter Instanz<sup>17</sup> leitete.

Quantitativ dürfte diese Form des Judenthasses, die sich in der Sprache der „Leitwissenschaften“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts – vor allem biologische Evolutionstheorie und medizinische Hygiene – artikuliert, kaum je über das relativ kleine, gesellschaftlich am meisten säkularisierte Segment der Alldeutschen um Schönerer hinausgereicht haben. Selbst ein so konsequenter Exekutor der NS-Judenverfolgung wie Josef Bürckel hielt nicht viel von dem Rasse-Brimborium eines Julius Streicher und drückte dies auch öffentlich aus: „Mit den Methoden des ‚Stürmers‘ läßt sich zur Lösung der Judenfrage in wirtschaftlicher Hinsicht nichts anfangen. Wenn der ‚Stürmer‘ immer wieder die entrassten Frauen und Mädchen als Opfer der jüdischen Gier hinstellt, ist zu sagen, daß es erfahrungsgemäß zwei sein müssen, die sich für solche Dinge hergeben.“<sup>18</sup>

Doch der Antisemitismus ist wegen der außergewöhnlich weiten Verbreitung einer anderen, pragmatischen, „gemäßigten“ Form in Österreich wesentlich wirkungsvoller gewesen, wegen des Vorhandenseins eines tief verwurzelten christlichen Antijudaismus.<sup>19</sup> Dies zeigte sich schon in der Integrationskraft im Falle der christlichsozialen Bewegung Luegers.<sup>20</sup> Im Wiener städtischen Kleinbürgertum wies der christliche Antijudaismus immer eine besonders starke – beim Vorhandensein einer beträchtlichen jüdischen Minderheit sogar reale – wirtschaftliche Stoßrichtung auf. Dagegen war es primär das christliche Judenbild, das die lange Tradition des Volksantisemitismus der Landbevölkerung prägte.<sup>21</sup> Erst auf der Grundlage solcher vormoderner Judenstereotype konnten sich der Rassenantisemitismus und der Nationalsozialismus entwickeln. Diese Stereotype sind ein konstitutiver Teil dessen, was ich eingangs als „paranazistisches Substrat“ bezeichnet habe.

Ein weiterer bedeutender Erklärungsfaktor der Differenzierung der Einstellung der Bevölkerung, der nach dem „Anschluß“ besonders wirkungsvoll werden sollte, sind die politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen der Diktatur Dollfuß' und Schuschniggs vor 1938. Zwar: Dieses Regime schwächte für eine Zeitlang das Wachstum der NSDAP-Mitgliedschaft beträchtlich; denn im Jahre 1937 gab es in Österreich nur rund 120.000 Nationalsozialisten, während es aufgrund der vor 1933 und nach 1938 beobachteten Mitgliederentwicklung 240.000 NSDAP-Mitglieder hätte geben müssen.<sup>22</sup> Aber das österreichische autoritäre Regime zerstörte zugleich, „schleichend“ und unbeabsichtigt, durch seine Diktaturmaßnahmen die antinazistische Widerstandskraft des Landes. Verhängnisvoll wirkte sich vor allem

die Zerschlagung der Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung aus. Einerseits erleichterte der „Ständestaat“ daher dem Nationalsozialismus eine interne Machtübernahme von oben, indem er immer mehr Nationalsozialisten gestattete, in die Führungspositionen des „Ständestaates“ einzudringen, andererseits schwächte er notwendigerweise die Widerstandsfähigkeit und -bereitschaft der ehemals sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft, indem er sie im „Austrofaschismus“ den Hauptfeind erblicken ließ.<sup>23</sup>

Obwohl die Praxis des autoritären Regimes, das sich wegen seines eher obrigkeitlich-diktatorischen Charakters vom Nationalsozialismus unterschied, nicht „totalitär“ war, nahm dieses Regime doch der NS-Diktatur die ersten Schritte der Machtübernahme in Österreich ab.<sup>24</sup> Neben anderen gravierenden Gründen ist dies auch eine Ursache, warum in Österreich die NS-Machtübernahme und -sicherung innerhalb weniger Wochen ablief, wozu der Nationalsozialismus in Deutschland noch mehrere Monate benötigt hatte. Zugleich erklärt sich daraus die anders als in Deutschland eingeschlagene Hauptstoßrichtung des Nationalsozialismus nach 1938: Nach dem Hauptziel hier wie dort, den „Juden“ und anderen „Minderrassigen“, kamen in Österreich die Exponenten des „christlichen Ständestaats“, „vaterländische Funktionäre“ und die katholische Kirche unter Verfolgungsdruck, und erst dann die Sozialisten, sofern sie nicht „jüdische Marxisten“ waren.

Das autoritäre Regime hatte die großen politischen Subkulturen der österreichischen politischen Landschaft weitgehend intakt gelassen. Dies gilt nicht nur erwartungsgemäß für sein organisatorisches Rückgrat, die katholische Kirche, und die gesellschaftlichen Organisationen des politischen Katholizismus, sondern auch für die wenig veränderten Vereinsstrukturen des deutschnational-nazistischen Segments, und sogar für die betrieblichen, nachbarschaftlichen und alltäglichen vor- und halbpolitischen Netzwerke der ehemals „marxistischen“ Arbeiterschaft.<sup>25</sup> Diese politisch-mentalen Subkulturen, die selbst noch die NS-Diktatur überdauern sollten, bestimmten – pointiert gesprochen – auch den Bezugsrahmen der Einstellungen der Österreicher zum NS-Regime nach 1938.

Daher konnten die Exponenten des Schuschnigg-Regimes wohl nicht zu Unrecht den Anteil jener, die bei der für den 13. März 1938 angesetzten, dann unter Hitlers Druck wieder abgesagten Volksbefragung Schuschniggs gegen den „Anschluß“ gestimmt hätten, auf 65 bis 75 Prozent schätzen.<sup>26</sup> Auch wenn dies eine eher optimistische und die Manipulationsmöglichkeiten des „Ständestaats“ schon berücksichtigende Annahme war, so spiegelt sich darin doch der Umfang des harten Kerns der „Anschluß“-Bejaher (35 bis 25%).<sup>27</sup> Er war im gegebenen Fall einigermaßen auch mit den Nationalsozialisten identisch, deren Zahl sich zwischen 1933 (etwa 70.000 Parteimitglieder und schätzungsweise über 16% der Wählerschaft<sup>28</sup>) und 1938 verdoppelt haben dürfte. Vorausgegangen war dem letzten entscheidenden Durchbruch des Nationalsozialismus in Österreich von außen und innen ein bodenständiges Wachstum des Nationalsozialismus, das sozialstrukturell und zahlenmäßig in vielem jenem in Deutschland gleicht.<sup>29</sup> /.../

Bis zum Vorabend des „Anschlusses“ gab es schon 164.000 illegale Parteimitglieder, das entsprach rund 5% aller Berufstätigen. Nur die Männer gerechnet, wäre der Durchdringungsgrad des Nationalsozialismus wohl fast doppelt so hoch anzugeben, da Frauen in der NSDAP deutlich unterrepräsentiert waren. Dies entsprach etwa auch dem Grad der nazistischen Durchdringung der Bauern und der Selbständigen in Gewerbe und Handel, wobei Händler (7%) stärker zum Nationalsozialismus tendierten als Handwerker. Deutlich höher, aber noch nicht katastrophal war auch der Durchdringungsgrad der Angestellten (7%) und der öffentlich Bediensteten (7,7%). Die freien Berufe und die Studenten waren allerdings schon 1938 in einem alarmierenden Ausmaß nationalsozialistisch geworden, und zwar zu 18 bzw. 21%. Die Arbeiterschaft war mit 3,7% deutlich weniger als alle anderen Sozialgruppen nazistisch infiltriert. Somit wird auch das Sozialprofil jener Österreicher rekonstruierbar, die bis zum 11. März 1938 Nationalsozialisten geworden waren und auf jeden Fall, selbst unter den Bedingungen der autoritären Diktatur, den „Anschluß“ bejaht haben dürften.

Die Basis des halbfaschistisch-autoritären Regimes, eingezwängt zwischen zwei sozial

weitaus dynamischeren politischen Oppositionen – Nationalsozialismus und „linke“ Arbeiterbewegungen – wurde im allgemeinen von den traditionaleren, wenig mobilisierten Sektoren der österreichischen Gesellschaft gebildet. Im Gegensatz zum NS-Regime war der „christliche Ständestaat“ daher eher auf eine Demobilisierung und korporatistische oder bürokratische Einbindung seiner relativ schmalen sozialen Basis ausgerichtet. Schuschnigg scheute daher auch, bis es zu spät war, jede Art plebiszitärer Akklamation (Volksbefragung und Volksabstimmung) als Mittel der so nötigen Systemstabilisierung. Deshalb, wegen des gewachsenen Kerns der NS-Anhänger und des Mobilisierungsdefizits potentieller Österreich-Verteidiger, die der deutschnational-nazistischen Mobilisierung überlassen wurden, dürfte auch der Kollaps des „christlich-ständestaatlichen“ Regimes so überraschend schnell erfolgt sein, als durch Hitler und Göring die außenpolitischen Hebel, d. h. Androhung und Durchführung des militärischen Einmarsches der deutschen Wehrmacht, ungehemmt von internationalen Rücksichtnahmen angesetzt wurden.<sup>30</sup> Daraus erklärte sich auch der alle Beobachter so frappierende Stimmungsumschwung am 11. März 1938 im Laufe weniger Stunden.

### Höhepunkt der Akzeptanz: Anschlußbegeisterung

Auszugehen bei einer Erörterung der Haltung der österreichischen Bevölkerung zum „Anschluß“ nach dem 11. März 1938 ist nach wie vor von der Tatsache, daß es dem Nationalsozialismus innerhalb weniger Tage, oder doch Wochen, gelungen ist, ein überwältigendes Bild der allgemeinen Zustimmung hervorzurufen. Für unser heutiges Österreichverständnis geradezu beschämend sind die zahlreichen in- und ausländischen Berichte von dem „Begeisterungssturm“ auf dem Heldenplatz und auf den Durchzugsstraßen Hitlers. Was vielleicht noch mehr zählt, ist die Tatsache, daß es bis heute kein einziges, der historischen Forschung bekannt gewordenes Photo gibt, auf dem die Spalier stehenden Zuschauer jene schmerzverzerrten Gesichter zeigen wie die tschechische Bevölkerung beim Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Prag.<sup>31</sup> Vielleicht waren die Begeisterten nur jenes Viertel bis zu einem Drittel, auf die, wie erwähnt, Schuschnigg noch Anfang März die eigentliche nationalsozialistische Anhängerschaft geschätzt hatte. Sicher waren es nicht alle Österreicher, die sich bis zur Hysterie begeistert zeigten. Nachweislich waren viele von den Vorgängen Mitte März 1938 echt distanziert und beunruhigt. Doch die überwiegende Mehrheit der Österreicher – so muß man einbekennen – nahm offensichtlich den „Anschluß“, wenn nicht offen zustimmend, so mindestens passiv abwartend hin. Dies bedeutete noch nicht ein Bekenntnis auch zum Nationalsozialismus.

Durch den Hinweis auf den sofort einsetzenden Terror und die Kontrolle der Bevölkerung allein, auch durch die Wirkung der Propagandawelle ist dieses NS-freundliche Bild nicht hinreichend zu erklären. Gerade weil der „Anschluß“ mit einer quasirevolutionären Erhebung von unten einherging und eine Ablenkung der angestauten mittelständischen Frustrationen in einer Art Judenpogrom erfolgte, dürfte der „Umbruch“ auch weithin als nicht von außen, sondern als von innen ausgehend empfunden worden sein. Dem Nationalsozialismus gelang es so, eine revolutionäre Aufbruchsstimmung hervorzurufen und schlagartig die unterschiedlichsten Hoffnungen in das neue Regime zu wecken, weniger schon eine unmittelbare Verbesserung der Lebenslage zu bewirken als die Erwartung einer solchen.

Nicht die Überwältigung durch die technisch perfekte und nach „altreichsdeutschem“ Muster ablaufende Propagandakampagne, auch nicht die Verbreitung überzogener materieller und sozialpolitischer Versprechungen sind das eigentliche Problem, sondern daß diese geglaubt wurden und der vorher vorhandene Pessimismus im großen und ganzen, außerhalb der erklärten Gegnergruppen, doch einer optimistischen Zukunftsperspektive wich.

Auf die zentrale Bedeutung der Anschlußidee und des deutschen Nationsverständnisses innerhalb des antiklerikalen Kleinbürgertums und darüber hinaus ist schon hingewiesen worden. Selbst im traditionell nicht deutschnationalen, eher proösterreichischen katholischen „Lager“ waren „gesamtdeutsche“ Vorstellungen stark verbreitet.<sup>32</sup> Hier gestattete es vor allem eine Akzentverschiebung des „Reichsgedankens“ von seiner Zentrierung um das

alte Österreich auf das neue (NS-)Deutschland hin, daß selbst katholische Patrioten eine Zeitlang, bis weit in den Weltkrieg hinein, eine Symbiose mit der staats- und international-rechtlichen Realität des „Dritten Reichs“ eingehen konnten. Die NS-Herrschaft,<sup>33</sup> die in Österreich zunächst weithin im Sinne einer bloß autoritärstaatlichen Diktatur mißverstanden worden sein dürfte, berührte weiteste Kreise der Mittelschichten offensichtlich nicht negativ oder doch nur sehr wenig. Dies gilt natürlich nicht für die exponiertesten Repräsentanten des „Ständestaates“ und die Juden.

Dasselbe gilt auch für die ehemals sozialistische Arbeiterschaft, deren breite Masse, abgesehen von kommunistischen Aktivisten, das neue Regime zunächst nicht nur „ungescho- ren“ ließ, sondern mit dem Schlagwort des Von-Juden-verführt-worden-Seins geradezu ho- fierte.<sup>34</sup> Im übrigen nutzte der Nationalsozialismus die Tatsache, daß sich der „Ständestaat“ nicht bemüht hatte, die Arbeiterschaft regimepolitisch zu integrieren. Das NS-Regime konn- te sich daher in Österreich 1938 arbeiterfreundlicher darstellen als im „Altreich“ schon in der Phase der Machtübernahme. Dem Nationalsozialismus gelang es daher um so leichter, an das Gefühl der Bitterkeit über die Niederlage im Februar 1934 und die Erfahrung der Demütigungen in Form zahlreicher quasigegegenreformatorischer Sanktionen und der andau- ernden wirtschaftlichen Not anzuknüpfen.<sup>35</sup>

Es waren weniger allgemeine Momente der Erzeugung von Zustimmung zum abgelaufe- nen „Anschluß“ als die positive wirtschaftliche Zukunftserwartung, die sich mit einem „An- schluß“ Österreichs an Deutschland bei einem oberflächlichen Vergleich beider Länder er- gab: Hier eine beinahe noch auf dem Weltwirtschaftskrisen-Niveau stagnierende Wirtschaft mit etwa einer halben Million Arbeitsloser und Ausgesteuerter, dort ein rascher Wirtschaftsaufschwung mit einem deutlichen Arbeitskräftemangel. Daß die deutsche Wirtschaft direkt auf den Zweiten Weltkrieg zusteuerte, war nicht allzu vielen bewußt und wäre mit Sicher- heit erst aus dem Nachhinein feststellbar gewesen. Der Verlust der staatlichen Unabhängig- keit und die Vertauschung einer politischen Unfreiheit durch eine andere waren in Öster- reich ein vorerst leichthin gezahlter Preis.

Die zur Pseudolegitimierung des schon vollzogenen „Anschlusses“ veranstaltete „Volksab- stimmung“ vom 10. April 1938 fügt sich daher lückenlos in dieses Bild der Begeisterung oder doch der stillschweigenden Zustimmung ein. Ihr 99,7prozentiges „Ja“-Ergebnis als Ganzes ist durchaus nicht gefälscht. Durch welches perfektes Zusammenspiel von verschie- denen Faktoren dieses Ergebnis zustande kam, wurde schon zum Teil angeführt: durch terrori- stische Einschüchterung, soziale Kontrolle und breite Organisation der Bevölkerung, durch technische und psychologische Raffinesse der Propaganda, durch Hervorrufung von Zustim- mungserklärungen aus allen relevanten politisch-sozialen Gruppen, durch pseudopartizipa- torische Massenmobilisierung und kurzfristig wirksame sozialpolitische Maßnahmen.<sup>36</sup> Mo- bilisierung im Dienste der Erzielung eines möglichst 100prozentigen Abstimmungsergebnis- ses, auch wenn dieses nichts mehr an den Verhältnissen änderte, war neben der Judenver- folgung eines der wichtigsten Integrationsmittel für das neue Regime.

Mit gebotener Vorsicht können aus den allerdings geringen zahlenmäßigen bundeslän- derweisen Unterschieden des Abstimmungsergebnisses einige Rückschlüsse auf die Einstel- lung unterschiedlicher Sozialgruppen zum NS-Regime, nicht allerdings auf die absolute Ver- breitung dieser Einstellungen gezogen werden. Für diese Fragestellung ist es nicht unbe- dingt wesentlich, wie diese Unterschiede zustande gekommen sind, sei es durch eine wirk- lich unterschiedliche Einstellung zum NS-Regime oder durch eine unterschiedliche Intensität der politischen Kontrolle durch das Regime. Beides deutet auf unterschiedliche Durchdrin- gungsgrade verschiedener Sozialgruppen und politisch-moralischer Milieus hin.

Alle drei verfügbaren Indikatoren für hohe Akzeptanz des „Anschlusses“ – hohe Wahlbe- teiligung, geringe Ungültig-Quote und hoher Ja-Anteil – sprechen dafür, daß einerseits in Vorarlberg und Tirol und andererseits in Wien die eingetretenen politischen Veränderungen etwas weniger akzeptiert wurden als im österreichischen Durchschnitt. Umgekehrt war die „Anschluß“-Akzeptanz im Burgenland, in Niederösterreich und in der Steiermark noch höher als in den anderen Bundesländern. Zwar ging es hierbei zahlenmäßig jeweils nur um



*Aufstellen des  
Maibaumes durch  
Hitler-Jungen  
am 30. April 1938  
auf dem Adolf-  
Hitler-Platz (Haupt-  
platz) in Linz,  
rechts im Hintergrund  
das bereits „arisierte“  
Kaufhaus Kraus  
und Schober.  
Quelle:  
Archiv der Stadt Linz*

wenige Zehntelprozente, doch ist, vor allem da alle drei Indikatoren in dieselbe Richtung weisen, folgende Schlußfolgerung möglich: Jener deutliche Trend, der schon die NS-Wahlergebnisse in der demokratischen Periode bestimmt hatte, wirkte auch im Prinzip während der NS-Periode weiter. In den ausgesprochen traditionell-katholischen politischen Milieus, wie sie in den beiden westlichsten Bundesländern gegeben waren, bestand eine relative Resistenz dem Nationalsozialismus gegenüber. Dasselbe gilt auch für das „Rote Wien“.

Dies bedeutet allerdings nicht, wie aus einer anderen Analyse auf der Grundlage aller 111 Abstimmungsbezirke geschlossen werden kann, daß die ländliche Bevölkerung als Ganzes schon resistenter gegen den Nationalsozialismus gewesen wäre. Denn in ganz Österreich war der Anteil der Stimmenthaltungen und der Nein-Stimmen positiv korreliert mit dem der städtischen Bevölkerung, während die beiden Indikatoren der Regimedistanz generell signifikant negativ mit dem Anteil der land- und forstwirtschaftlich Beschäftigten korrelierten.

Dies bedeutet für die Analyse der Einstellung der ländlichen Bevölkerung zum Nationalsozialismus sehr wohl, daß die ländliche Bevölkerung nur dort, wo ein ausgeprägtes katholisches politisches Milieu bestand, distanzierter blieb als in solchen Landgebieten, wo dieses immunisierende Milieu nicht vorhanden war. Indirekt kann damit auch die Relevanz der sogenannten „Lager“-Theorie Adam Wandruszkas<sup>37</sup> für unser Thema und die von Walter B. Simon<sup>38</sup> beobachtete Resistenz starker katholisch-politischer Milieus bestätigt werden. Eine Aussage bezüglich der Verhältnisse in der (industriell wie im Dienstleistungssektor beschäftigten) städtischen Bevölkerung, wo die Verhältnisse weniger deutlich liegen, muß hier unterbleiben.

Gauleiter Bürckel, der für die Volksabstimmung verantwortlich war, erkannte durchaus, daß „die augenblickliche Massenbegeisterung ... nicht überschätzt werden“ dürfe.<sup>39</sup> Er und andere NS-Führer in Österreich gingen immer davon aus, die bisher katholisch-konservativ eingestellten sozialen Gruppen und die ehemals „marxistische“ Arbeiterschaft hätten zum überwiegenden Teil nicht ihre bisherige politische Überzeugung aufgegeben, wenngleich sie mit „Ja“ gestimmt hatten.

## „Normalisierung“ oder schon „Ernüchterung“?

Ab Juni/Juli 1938, verstärkt im September 1938, dann wieder besonders im Winter 1939 und vor allem vom Kriegsbeginn an liegt ein umfassender Quellenbefund vor, der eine zunehmende wirtschaftliche, dann politische Ernüchterung dokumentiert. Obwohl gerade aus den ersten Monaten nach dem „Anschluß“ noch keine Gestapo-Akten vorliegen, hat dennoch dieser Meinungsumschwung nicht nur in internen Schriftstücken der NS-Behörden und Parteistellen, sondern auch in öffentlichen Reden der NS-Führer und in Presseverlautbarungen einen Niederschlag gefunden.<sup>40</sup> In Wien kam es im Juni 1938 zum ersten Mal nach dem „Anschluß“ zu einer Marktdemonstration, in der Obersteiermark zu einem die NS-Führer alarmierenden Streik von Hüttenarbeitern. Der „Hitler-Gruß“ wurde in manchen Kreisen ostentativ nicht verwendet, und die Zahl der Berichte über despektierliche Bemerkungen über die NS-Führer und das Dritte Reich mehrte sich bei der Gestapo. Im katholischen Milieu zeichnete sich ein Kleinkrieg gegen die sich mehrenden Eingriffe in die kirchlichen Rechte und Privilegien ab, der schließlich in die politische Demonstration zum „Rosenkranzfest“ in Wien mündete. Auch zahlreiche andere Anzeichen gab es, daß eine wachsende Oppositionshaltung im Entstehen war.

So heißt es etwa in einem für die Ursachen dieser Entwicklung aufschlußreichen Bericht aus dem Kreis Gmunden über die Wirkung der NS-Propaganda und die Stimmung der Bevölkerung im Juni 1938:

„Auf diesem Gebiet wurde schon in der Wahlzeit manches Unheil angerichtet, Parteiführer und Redner haben zum Teil ihren Männern Dinge hauptsächlich wirtschaftlicher Natur versprochen, die sie bis heute niemals halten können. Österreichische und deutsche Wahlredner haben den Volksgenossen vielfach nichts als Glorie, Glanz und Herrlichkeit vorausgesagt.

Die logische Folge in Gestalt saurer Reaktion erleben wir heute, wo in den Kreisen der ‚verschworenen Gemeinschaft‘ der illegalen Kämpfer Streit und Mißgunst, Neid und Ellbogenarbeit zu finden ist, während die lieben Volksgenossen anfangen zu meckern, weil die gebratenen Tauben ausbleiben. Dabei lasse ich unberücksichtigt, daß der Österreicher genau wie der Bayer einen sechsten Sinn hat, und zwar den Meckerersinn. – Es besteht aber tatsächlich vielfach in den Kreisen der Partei- und Volksgenossen der Eindruck, daß der Nationalsozialismus eine wirtschaftliche Konstruktion oder ein finanztechnischer Kniff sei zur Wiedererlangung einer guten Prosperität, während unsere Weltanschauung nur zur Erringung der politischen Macht gebraucht worden wäre.“<sup>41</sup>

Bedeutet dieser zweifelsohne eingetretene Stimmungsrückschlag, daß die österreichische Bevölkerung auf Distanz zum Regime ging und von nun an ihre österreichische Identität und/oder gar ihre Liebe zur Demokratie entdeckte? War dies schon der Anfang des politischen Widerstands? Stand das Dritte Reich vor ernststen inneren Akzeptanzproblemen? Oder kehrte man nach der Außergewöhnlichkeit des „Anschlußtaumels“ einfach zum politischen und wirtschaftlichen Alltag zurück? Hatte sich die wirtschaftliche Lage wirklich verschlechtert, oder ließ die erhoffte Verbesserung zu lange auf sich warten? War nach dem Wegfallen der politischen Zielgebung in der Propagandakampagne und vor dem Einsetzen der Außenexpansion und der Kriegskrisen auch die Sinngebung des Regimes brüchig geworden? Hatten die ersten realen wirtschaftlich-sozialen Verbesserungen des Regimes neue Bedürfnisse und Interessen geweckt? Oder hatte der im Aufbau begriffene polizeiliche Kontrollapparat nun erst eine ausreichende Dichte erlangt, die es ihm gestattete, Regimedissens zu registrieren und zu bestrafen?

Wie immer im einzelnen man die Zeichen des stimmungsmäßigen Auf-Distanz-Gehens zum Regime interpretieren mag, sie signalisieren doch die Rückkehr einer komplexeren Einstellung, die eben im Gegensatz zu der Phase des Überschwangs, der „Begeisterung“, auf einer Position irgendwo zwischen Akzeptanz und Distanz lag. Mir scheint allerdings noch näher an der Akzeptanz.

Mehrfach wurden schon die stimmungsmäßigen Auswirkungen des Auftretens wirtschaftli-

cher Probleme, so von Maurice Williams,<sup>42</sup> beschrieben. Abgesehen von dem Umstand, daß sie eine sehr schicht- und klassenspezifische Resonanz fanden, sind sie doch im Kontext des gerade einsetzenden, in der österreichischen Geschichte bis dahin wohl einmaligen wirtschaftlichen Booms zu relativieren. Ein Bündel eher sozialpsychologischer denn realer materieller Ursachen scheinen dafür verantwortlich zu sein, ebenso Spannungen im Gefolge des gesellschaftlichen Modernisierungsschubs, der weniger vom Nationalsozialismus selbst als von der Integration Österreichs in das Deutsche Reich ausging und der allerdings in manchen politisch-sozialen Bereichen von rückschrittlichen Tendenzen begleitet war. Besonders im Westen Österreichs bedeutete dies das, was Ernst Hanisch die „Entprovinzialisierung der Provinz“ genannt hat.<sup>43</sup> Gerade als Modernisierungsfaktor, weniger noch als „totalitäre“ Diktatur geriet das NS-Regime besonders in ländlichen Gebieten in einen prinzipiellen Konflikt mit den traditionellen Lebensformen und regionalen und lokalen Subkulturen.

Regimeakzeptanz war nicht identisch mit Übernahme der nationalsozialistischen Ideologie, und diese war wiederum nicht, anders als Kienzl und Gehmacher<sup>44</sup> meinen, mit einem einheitlichen Satz von Aussagen des NSDAP-Programms identisch. Auch bedeutete die Mitgliedschaft bei der NSDAP oder ihren Nebenorganisationen noch nicht die Akzeptanz aller wesentlichen Elemente der sehr verschwommenen NS-Weltanschauung. Da es bisher keinen Indikator dafür gibt, der Generalisierungen zuließe, in welchem Ausmaß der Nationalsozialismus die einzelnen sozialen Gruppen nach dem „Anschluß“ penetrieren konnte, sei wiederum die schon eingangs zitierte NSDAP-Mitglieder-Analyse herangezogen. Bis 1941 ergab sich schon folgendes überaus bedenkliche Bild:

Nach der Machtübernahme hatte der Nationalsozialismus offensichtlich seinen Anteil unter den Berufstätigen vervierfacht. Etwa jeder fünfte im Berufsleben stehende Österreicher, Männer und Frauen zusammengezählt, war bereits NSDAP-Mitglied. Stärker nationalsozialistisch geworden beim Vergleich mit der Vor-„Anschluß“-Periode waren die Bauern (nicht zu verwechseln mit der Landbevölkerung im allgemeinen) und die öffentlich Bediensteten. In dieser sehr vielfältigen Gruppe betrug der Anteil an Nationalsozialisten fast 40%, bei den Beamten im engeren Sinn jedoch sogar gegen 80%! Die freien Berufe waren offenkundig an den Sättigungswert der Gewinnbarkeit für das Regime herangekommen, weshalb sich ihr ohnehin schon hohes Niveau nicht mehr im gleichen Ausmaß erhöhte. Dennoch dürften 60% von ihnen NSDAP-Mitglieder geworden sein. Etwa im allgemeinen Trend lagen die Privatangestellten, die Selbständigen in Handel und Gewerbe und die Arbeiter. Ihre Anteile betragen in dieser Reihenfolge 29%, 18% und 15%. Mir scheint, daß dieser Befund in der Tat ein maßstabgetreues Bild der Regimeakzeptanz im Querschnitt der österreichischen Bevölkerung sein könnte. /.../

## Resümee: Ursachen für Akzeptanz und Distanzierung

- Wirtschaftliche Probleme dominierten naturgemäß bei den Selbständigen, und je besser sich die Lage für einzelne Sparten gestaltete, desto weniger Regime-Distanz zeigte sich hier. Dies war besonders der Fall im rascher vom Aufschwung erfaßten Westen, besonders prekär im Osten Österreichs. Fragen der Preisgestaltung, Entschuldung und Strukturverbesserung bewegten die Bauern zu ihrer eher regimepositiven Haltung.
- Sie gerieten dadurch in ein innerhalb des ländlichen Milieus ohnehin spannungsreiches Verhältnis mit den ländlichen Unterschichten, den Knechten und Landarbeitern, die einkommensmäßig und arbeitsrechtlich vom NS-Regime am meisten benachteiligt waren. Die ländlichen Unterschichten wurden bald von dem eintretenden Arbeitskräftemangel in die Städte und in andere, nichtagrarische Wirtschaftssektoren, entgegen allen Reglementierungsmaßnahmen im Sinne von „Blut und Boden“, abgesogen. Erst ihre Ersetzung durch die sogenannten „Fremdarbeiter“ im Krieg schuf hier ein Ventil.<sup>45</sup>
- Antijüdische Vorurteile spielten bei der Implementation der NS-Judenverfolgungspolitik eine bedeutende Rolle. Ihre für Wien besonders charakteristische Verbindung mit ganz konkreten wirtschaftlichen und sozialen Interessen machte hier die Enteignung der Juden, ihre

Vertreibung und Deportation zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Anliegen vor allem der Mittelstände, die in einer massiven „Arisierungspolitik“ bei Anstellungen, freien Berufen, Unternehmungen und Geschäften aller Art, beim Privateigentum, bei Wertgegenständen und vor allem bei den Wohnungen einen Ausweg aus ihrer strukturellen Notlage sahen.<sup>46</sup> Das Regime betrieb damit in Wien geradezu eine Art von „negativer Sozialpolitik“, die die Profitierenden nicht nur während der NS-Herrschaft an das Regime band, die Zukurz-Kommenden allerdings auch rasch enttäuschte. Im übrigen dürfte das „schlechte Gewissen“ der „Arisierte“ und vieler ihrer Nachkommen noch heute einen besonderen Hemmfaktor der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich darstellen.

- Fragen der Form des „Anschlusses“ bzw. des Verlustes der Selbständigkeit Österreichs dürften in der großen Masse relativ wenig Bedeutung eingenommen haben und erst mit dem Fortschreiten des Krieges auf die Niederlage hin wichtiger geworden sein. Nur bei den Beamten, die davon in der einen oder anderen Weise direkt betroffen waren, scheint dies anders gewesen zu sein. Die Angehörigen der aufgelösten und degradierten ehemals österreichischen Zentralbehörden in Wien trauerten einer verlorenen Sonderstellung bzw. Selbständigkeit Österreichs nach, dasselbe gilt für die, denen „Reichsdeutsche“ in ihren Dienststellungen vorgesetzt worden waren. Umgekehrt stärkte die Auflösung Österreichs nach dem „Anschluß“, solange sie ein „Los von Wien“ brachte und das Landes- und Heimatbewußtsein der Westösterreicher nicht tangierte, in den Augen der dortigen Bürokratien die Regimeakzeptanz hartnäckig, eine Wirkung, die bis weit in den Weltkrieg hinein andauerte.

- Fragen der materiellen Lage, des Konsums und der sozialpolitischen Besserungen<sup>47</sup> spielten in vielen sozialen Gruppen eine Rolle, und sie wurden um so wichtiger, je mehr sich gegen den Krieg hin und im Kriegsverlauf Einschränkungen häuften, insbesondere auch für Frauen im Haushalt und für die Arbeiterschaft.

- Für die Arbeiter stand natürlich die Frage der Arbeitslosigkeit, solange diese Hypothek der Weltwirtschaftskrise noch nicht vollständig beseitigt war, im Vordergrund, und an ihre Überwindung knüpfte sich in einem besonderen Maße die Einschätzung des NS-Regimes. Da die vollständige Überwindung der Arbeitslosigkeit, so rasch sie dem Regime im Westen gelang, im Osten des Landes doch etwas länger auf sich warten ließ als erhofft, trug gerade dieses Moment in den Kerngebieten der Arbeiterschaft zu der beginnenden Ernüchterung bei, die später, nach Kriegsbeginn, eher wieder gewichen sein dürfte.

- Ein anderes Moment, das besonders noch 1938 im Arbeitermilieu, in dem die Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung im unpolitischen Alltagsleben nachwirkten, war die schon erwähnte haßvolle Einstellung gegen den verschwundenen „Ständestaat“, gegen dessen Funktionäre und den katholischen Klerus. Dies erzeugte besonders in der vom Nationalsozialismus distanzierenden Wiener Arbeiterschaft den Eindruck, der Nationalsozialismus sei, weil ein gemeinsamer Gegner des „Ständestaats“, ein Verbündeter.

- Gerade der beginnende „Kirchenkampf“, die Angriffe auf die Religion und die kirchenpolitischen Eingriffe entfremdeten die kirchentreue Landbevölkerung dem Regime oder verstärkten die dort von Anfang an vorhandene reservierte Haltung. Dies ging so weit, daß von höchsten Stellen die im „konkordatsfreien“ Raum der „Ostmark“ viel schärfer als in Deutschland sich entwickelnde antikirchliche Politik 1941 von Hitler bzw. Bormann aus Rücksicht auf die stimmungsmäßigen Folgen für die Zeit bis zum erwarteten „Endsieg“ gebremst bzw. überhaupt zurückgestellt wurde.

- Wie beim Problem der „Landflucht“ spielte die Erweiterung von Lebenschancen im Zusammenhang mit der wachsenden sozialen und horizontalen Mobilität für junge Menschen, insbesondere auch junge Frauen, und bisher in quasi ständischen Bindungen Lebende eine ausschlaggebende Rolle. Kraft-durch-Freude-Fahrten, Jugendlager, Arbeitsverpflichtungen ins „Altreich“ und überhaupt die erhöhte Mobilität im Krieg prägten die Lebensstile einer ganzen Generation, die auch ein Hauptträger des „Nachkriegswirtschaftswunders“ wurde. Die Regimeakzeptanz war hier lange stark, wenngleich nicht 1945 überdauernd.

- Es ist besonders schwierig, die Auswirkungen der Frauen- und Mutterideologie des Nationalsozialismus auf Lebenspraxis und Regimeakzeptanz der Frauen abzuschätzen, da an-

fängliche berufliche Benachteiligungen im Weltkrieg wieder zum Teil zurückgenommen werden mußten und durch symbolische Belohnungen („Mutterkreuz“), die allerdings nicht auf wirkliche Akzeptanz gestoßen sein dürften, kompensiert wurden.<sup>48</sup>

- Schließlich sei noch erwähnt, daß die schon im Herbst 1938 weitverbreitete Kriegsfurcht besonders in allen Phasen außenpolitischer Spannung ein permanenter Faktor der Beunruhigung der Bevölkerung war, daß aber, nachdem der Krieg einmal angefangen hatte, die Serie militärischer Erfolge dann wieder bis 1942 alle Bedenken übertönte.

- In der Tat setzte erst nach der „Wende von Stalingrad“ eine deutliche (noch nicht totale) Distanzierung vom Regime ein. Dies läßt sich auch durch die Statistik religiöser Handlungen der katholischen Mehrheitsbevölkerung (Kircheneintritte, Eheschließungen, Taufen, Kommunionen) belegen.

- Das wohl auch in Österreich übergreifendste Integrationssymbol war Hitler selbst. Gerade seine österreichische Herkunft erzeugte bei vielen die Erwartung, er sei eine Art Schutzheiliger, der sich der Probleme der „Ostmärker“ gegenüber den „Reichsdeutschen“ und unbeliebten NS-Gefolgsleuten annähme, nach dem Motto „Wenn das der Führer wüßte!“. In den Augen der vom Modernisierungsschub und vom Wirtschaftsaufschwung am meisten erfaßten, bisher besonders benachteiligten Schichten war (und blieb) Hitler das, was Norbert Ortmayr im Ausspruch eines oberösterreichischen Bauernknechts aufzeichnete: „Da Hitler is kema wie a Herrgott für de kloan Leit ...“<sup>49</sup>

*Gekürzt aus: Botz, Gerhard: Zwischen Akzeptanz und Distanz. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem „Anschluß“, in: Stourzh, Gerald, Zaar, Birgitta (Hg.): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Verlag der ÖAdW, Wien 1990, S.429–455.*

- |  |   |
|--|---|
| <p>1 Gerhard Botz, Der 13. März 38 und die Anschlußbewegung. Selbstaufgabe, Okkupation und Selbstfindung Österreichs 1918–1945 (Zeitdokumente 14, Wien 1978); DERS., Wien vom „Anschluß“ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39 (²Wien-München 1980).</p> <p>2 So folgte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes lange Zeit dieser Linie. Neuerdings siehe wieder: Fritz MOLDEN, Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938 – 1945 (München 1988).</p> <p>3 Siehe dazu Erika WEINZIERLS Artikel in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, 12. März 1988.</p> <p>4 Vgl. Gerhard BOTZ, Der ambivalente „Anschluß“ 1938/39, in: Zeitgeschichte 6/3 (1978) 91 – 109.</p> <p>5 Grundlegend hiezu: Bernd MARIN, Nachwirkungen des Nazismus, in: John Bunzl – Bernd Marin (Hgg.), Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Analysen (Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 3, Innsbruck 1983) 193 – 224; John BUNZL, Der lange Arm der Erinnerung. Jüdisches Bewußtsein heute (Wien 1987); vgl. auch Gerhard BOTZ, Nationalsozialistische Vergangenheit und Strukturen der Zweiten Republik, in: Stefan Karner – Rudolf Kropf, Reflexionen zu 1945. Symposium im Rahmen der „Schlaininger Gespräche“ vom 18. bis 22. September 1985 auf Burg Schlaining aus Anlaß der Burgenländischen Sonderausstellung „Burgenland 1945“ (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 74, Eisenstadt 1986) 49 – 73.</p> <p>6 Dieser Begriff wurde m. W. zum ersten Mal in diesem Kontext von Bundeskanzler Franz Vranitzky am 9. Februar 1988, nach der Übergabe des Abschlußberichts der internationalen Historikerkommission über Kurt Waldheim, verwendet: WIENER ZEITUNG, 10. Februar 1988, S.1.</p> | <p>7 Gerald STOURZH, Geschichte des Staatsvertrages 1945 – 1955. Österreichs Weg zur Neutralität (²Graz 1985).</p> <p>8 Ernst HANISCH, Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in: Zeitgeschichte 13/1 (1985) 81 – 91; Anton PELINKA, Windstille. Klagen über Österreich (Wien 1985).</p> <p>9 Erika WEINZIERL, Zeitgeschichte in der Krise? in: Gerhard Botz – Ernst Hanisch – Gerald Sprengnagel (Hgg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte (Frankfurt am Main 1990); DIES., Vergangenheitsbewältigung (Schulheft 43, 1986).</p> <p>10 Vgl. Ulrich KLUGE, Der österreichische Ständestaat 1934 – 1938, Entstehung und Scheitern (Wien 1984); Gerhard BOTZ, Gewalt in der Politik, Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (²München 1983) 234 ff.; dagegen Emmerich TÁLOS – Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.), „Austrofascismus“: Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 – 1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18, 4Wien 1988).</p> <p>11 Anton STAUDINGER, Zur „Österreich“-Ideologie des Ständestaates, in: Ludwig Jedlicka- Rudolf Neck (Hgg.), Das Juliabkommen von 1936, Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen, Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, Veröffentlichungen 4, Wien 1977) 198 – 240.</p> <p>12 Franz WEST, Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934 - 1938 (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 8, Wien 1978) 249 ff.; Friedrich HEER, Der Kampf um die österreichische Identität (Wien 1981) 396 ff.</p> <p>13 Helmut KONRAD (Hg.), Sozialdemokratie und „Anschluß“. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978</p> |
|--|---|

- (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9, Wien 1978).
- 14 Vgl. Peter PULZER, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus, in: Gerhard Botz – Ivar Oxaal – Michael Pollak (Hgg.), Eine zerstörte Kultur (Buchloe 1990) Kap. 5.
- 15 Andrew G. WHITESIDE, The Socialism of Fools. Georg Ritter von Schönerer and Austrian Pan-Germanism (Berkeley 1975).
- 16 Friedrich HEER, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität (München-Eßlingen 1968).
- 17 George L. MOSSE, Toward the Final Solution. A History of European Racism (Madison, Wisc. 1985).
- 18 Schreiben Karl Holz' vom 7. November 1938 an Bürckel, Rk 317, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien; vgl. auch Botz, Wien 245.
- 19 John BUNZL, Zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich, in: Bunzl- Marin (Hgg.), Antisemitismus (wie Anm. 5) 9 – 88; Leopold SPIRA, Feindbild „Jud“. 100 Jahre Antisemitismus in Österreich (Wien-München 1981); Anton STAUDINGER, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik, in: Botz – Oxaal – Pollak (Hgg.), Zerstörte Kultur (wie Anm. 22) Kap.10.
- 20 John BOYER, Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Socialist Movement 1848 – 1897 (Chicago 1981); siehe auch: Rudolf SPITZER, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen und Steuerträger (Wien 1988).
- 21 Dirk van ARKEL, Antisemitism in Austria (phil, Diss., Leiden 1966).
- 22 Siehe mein Referat „Quantitative Analyse der Sozial- und Altersstruktur der österreichischen NSDAP-Mitglieder (1926–1945)“ in: Bericht über den 17. österreichischen Historikertag in Eisenstadt veranstaltet vom Verband Österreichischer Geschichtsvereine in der Zeit vom 3. August bis 5. September 1987 (Veröffentlichungen des Verbandes Österreichischer Geschichtsvereine 26, Wien 1989) 315 – 323.
- 23 Karl R. STADLER, Opfer verlorener Zeiten, Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934 (Wien 1974) 93 ff.; Jacques HANNAK, Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie (Wien 1965) 612 ff.
- 24 Erwin SCHMIDL, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich (Wien 1987); Hanns HAAS, Der Anschluß, in: Emmerich Tálos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer (Hgg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938 – 1945 (Wien 1988) 1 – 24; Botz, Wien 47 ff.
- 25 Otto BAUER, Die illegale Partei (1939), in: DERS., Werkausgabe 4 (Wien 1982) 347–586; Mann, Protest 17ff.
- 26 Kurt von SCHUSCHNIGG, Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee (Wien-München-Zürich 1969) 313; Guido ZERNATTO, Die Wahrheit über Österreich (New York-Toronto 1938) 277.
- 27 Auch eine grobe Hochrechnung der NSDAP-Wähler bei der Annahme einer konstanten Relation Mitglieder – geschätzte Wähler des Jahres 1932 auf der Basis von (sicher um ein Drittel überschätzten) 164 000 österreichischen NSDAP-Mitgliedern bis zum Stichtag 11. März 1938 kommt zu einem ähnlichen Prozentsatz.
- 28 Gerhard BOTZ, Soziale „Basis“ und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Faschismus in Österreich und international (Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81, Wien 1982) 15 – 77; auch Molden, Feuer 16, kommt zu ähnlichen Stärkeschätzungen des Nationalsozialismus, wobei die von Molden genannten 15% allerdings den Stand von 1932 nicht auf das Jahr 1938 fortgeschrieben werden dürften, was durch einen Vergleich mit den wachsenden NSDAP-Mitgliederzahlen möglich wäre. Siehe meine Schätzung hier, Anm. 35.
- 29 Peter MERKL, Comparing Fascist Movements, in: Stein Ugelvik Larsen – Bernt Hagtvet – Jan Petter Myklebust (Hgg.), Who were the Fascists? Social Roots of European Fascism (Bergen 1980) 752 – 782.
- 30 Norbert SCHAUSBERGER, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß (Wien-München 1979); Ulrich EICHSTÄDT, Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933 – 1938 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 10, Wiesbaden 1955); „ANSCHLUSS“ 1938. EINE DOKUMENTATION, hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien 1988).
- 31 Ich habe diese Feststellung und Aufforderung an Photo-Dokumentare schon beim Österreichischen Historikertag 1978 gemacht. In den zehn Jahren seit damals ist keine Notwendigkeit entstanden, die ganze, hier zum Teil wörtlich aus Botz, Der ambivalente „Anschluß“, in: Zeitgeschichte 6/3 (1978) 96, übernommene Passage zu modifizieren. Allerdings hat sich erst bei dem Symposium, aus dem dieser Band hervorgegangen ist, darum eine heftige Diskussion entwickelt.
- 32 Erika WEINZIERL-FISCHER, Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, in: dies., Ecclesia semper reformanda. Beiträge zur österreichischen Kirchengeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Wien-Salzburg 1985) 142–150; Ernst HANISCH, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Veröffentl. D. Inst. F. Kirchl. Zeitgesch. Am internat. Forschungszentrum für Grundfragen d. Wissen., Salzburg, Serie 2/5, Wien-Salzburg 1977); DERS., Der österreichische Katholizismus zwischen Anpassung und Widerstand (1938-1945) in: Zeitgeschichte 15/5 (1988) 171–179.
- 33 Siehe vor allem: Emmerich Tálos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer (Hgg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938 – 1945 (Wien 1988).
- 34 Robert SCHWARZ, „Sozialismus“ der Propaganda. Das Werben des „Völkischen Beobachters“ um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39 (Materialien zur Arbeiterbewegung 2, Wien 1975).
- 35 Vgl. Ian KERSHAW, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933 – 1945 (Oxford 1983) 103
- 36 Gerhard BOTZ, Schuschniggs „Volksbefragung“ und Hitlers „Volksabstimmung“ in Österreich, in: Rudolf Neck – Adam Wandruszka (Hgg.), Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978 (Wiss. Komm. D. Theodor-Körner-Stiftungsfonds u. d. Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung d. österr. Gesch. d. Jahre 1918 bis 1938, Veröffentlichungen 7, Wien 1981) 220–243.
- 37 Adam WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) 291.
- 38 Walter B. SIMON, The Political Parties of Austria (Diss. Columbia University 1957) Kap. 8.
- 39 Allgemeines Verwaltungsarchiv, Rk, Ord. 30, Niederschrift vom 17. März 1938.
- 40 Schwarz, „Sozialismus“ 67 ff.
- 41 Allgemeines Verwaltungsarchiv, Rk, Ord.30.
- 42 Maurice WILLIAMS; The Aftermath of Anschluss: Disillusioned Germans or Budding Austrian Patriots?, in: Austrian History Yearbook 14 (1978) 129–144.
- 43 Hanisch, Nationalsozialistische Herrschaft 10.
- 44 Ernst GEHMACHER, Faschismus: Entwicklung im Nachkriegs-Österreich, in: Karl Gruber u.a., Der Weg zum demokratischen Österreich, h.g. v. d. Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft (Wien 1986) 7–15; Heinz KIENZL, Ausgeheilt?, ebenda 29–35.
- 45 Norbert ORTMAYR, Beim Bauern in Dienst, in: Hubert Christian Ehalt (Hg.), Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags (Wien 1984) 124 ff.; Roland GIRTLER, Aschenlauge. Bergbauernleben im Wandel (Linz 1988).
- 46 Hans SAFRIAN – Hans WITEK, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938 (Wien 1988); Herbert ROSENKRANZ, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938 – 1945 (Wien-München 1978); Gerhard BOTZ, Nationalsozialistische Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (Wien-Salzburg 1975).
- 47 Emmerich TÁLOS, Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse (Österr. Texte zur Gesellschaftskritik 5, Wien 1981) 290ff.
- 48 Vgl. Karin BERGER – Elisabeth HOLZINGER – Lotte VODGORNİK – Lisbeth N. TRALLORI (Hgg.), Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945 (Wien 1985); Georg TIDL, Die Frau im Nationalsozialismus (Wien 1984).
- 49 Ortmayr, Beim Bauern in Dienst, a.a.O. 125.

**SOZIALPOLITIK 1938 BIS 1945. VERSPRECHUNGEN – ERWARTUNGEN – REALISATIONEN**  
**EMMERICH TÁLOS**

*„Der Lebensstandard soll sich heben. Der kleine Mann auf der Straße und die Hausfrau sollen sich darauf verlassen können, daß sie nicht durch Erhöhungen der Preise für das Lebensnotwendigste um ihren gerechten Lohn oder Gehalt oder ihre Unterstützung betrogen werden. Nach der Befreiung Österreichs werden es der Führer und der Beauftragte für den Vier-Jahres-Plan, Generalfeldmarschall Göring, nicht zulassen, daß der breiten Masse in Österreich der Brotkorb höher gehängt wird; im Gegenteil: die Lebensverhältnisse aller Österreicher sollen besser werden. Dieses Versprechen hat der Führer im Altreich wahr gemacht und so solle es nunmehr im ganzen Großdeutschland werden.“*

*(Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 31.3.1938)*

Mit den ab März 1938 ergriffenen Maßnahmen zur Angleichung Österreichs an den deutschen Nationalsozialismus auf sozialpolitischem Gebiet haben die inhaltlichen Konturen staatlicher Sozialpolitik in Österreich neuerlich merkbare und einschneidende Veränderungen erfahren. Diese gingen zum Teil in Richtung des auch durch den Austrofaschismus eingeschlagenen und 1933 bis 1938 realisierten Weges: Beseitigung der frei organisierten Arbeiterbewegung und der Betriebsräte, Beschränkung der eigenständigen Interessenpolitik der Arbeiterschaft, Eindämmung des Klassenkampfes durch Ausschaltung der traditionellen Formen gesellschaftlicher Konfliktaustragung, Anbindung der Sozialpolitik an wirtschaftspolitische Optionen.<sup>1</sup>

Die nationalsozialistische Sozialpolitik ab 1933 war nicht nur durch eine radikalere Ausprägung dieser Ausrichtung, sondern auch durch neue Facetten gekennzeichnet. Bei expliziter Ablehnung wirtschaftsliberaler und marxistischer Auffassungen stellte die Ausschaltung des Klassenkampfes einen zentralen Punkt der sozialpolitischen Veränderungsoptionen des Nationalsozialismus dar. Dies bedeutete in erster Linie die gewaltsame Beseitigung der organisierten Arbeiterbewegung (siehe z.B. die Ausschaltung der Gewerkschaften in Deutschland am 2. Mai 1933), den Ausschluß jeder selbständigen Vertretung der Arbeiterinteressen (Unternehmerorganisationen wurden neu errichtet) und die auch mittels Terror erfolgte Einschränkung des Handlungsspielraums der Lohnabhängigen. Die nationalsozialistische Konzeption der Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen hat im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) aus 1934 ihren Niederschlag gefunden.<sup>2</sup> Ausgehend von der den Klassenkampfvorstellungen entgegengesetzten Ideologiealternative „Volksgemeinschaft“ sollte die Gemeinschaft aller Arbeitenden – was hieß, die Betriebsgemeinschaft zwischen Unternehmer (Führer) und Beschäftigten (Gefolgschaft) – zum gestaltenden Grundprinzip der Arbeitsbeziehungen werden. Analog der politischen Struktur wurde auch auf die Betriebe das autoritäre Führerprinzip übertragen und den Unternehmern ein – auf Vertrauen der Belegschaft zu begründendes, staatlich kontrollierbares – Entscheidungsrecht (Erlassung der Betriebsordnung, Regelung der Höhe des Arbeitsentgeltes) eingeräumt. Der staatliche Einfluß auf die Betriebe sowie die Verlagerung traditioneller Kompetenzen wirtschaftlicher Interessenvertretungen (Tarifpolitik) ist in den sogenannten Reichstreuhandern (bzw. bis 1937 Treuhändern) der Arbeit institutionalisiert. Zu deren Aufgaben zählte im allgemeinen die „Erhaltung des Arbeitsfriedens“, im konkreten: die Kontrolle des Erlasses von Betriebsordnungen und die Korrektur unsozialer Betriebsordnungen, die Kontrolle von Massenentlassungen, die Überwachung der Durchführung von Richtlinien für Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträge sowie die Festsetzung von Tarifordnungen. Trotz dieser Sicherung des staatlichen Einflusses stellte die ursprüngliche Konzeption des AOG aus 1934 auf die Betriebe als Zentrum der künftigen arbeitsrechtlichen Gestaltung ab.<sup>3</sup> Der überbetrieblichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen kam – vorerst – eine geringe Bedeutung zu.

Im Vergleich zur Neugestaltung des Arbeitsrechtes wurden im Bereich der Sozialversicherung mit Ausnahme organisatorischer Änderungen (wie der Einführung des Führerprinzips)

**Sozialpolitische  
Ausgangslage  
1938**

bestehende Traditionen weitgehend fortgeschrieben. Weitergehende Vorstellungen, wie sie insbesondere wiederholt von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in die politische Diskussion eingebracht wurden (siehe z.B. das Programm eines umfassenden „Volksschutzes“ oder des „Sozialwerks des deutschen Volkes“), scheiterten sowohl am Widerstand maßgeblicher Ressorts (Reichsarbeitsministerium, Reichswirtschaftsministerium) als auch an entgegenstehenden politischen Prioritäten.<sup>4</sup> Neue Facetten sozialpolitischer Aktivitäten des Nationalsozialismus stellten die Arbeitsmarkt- bzw. Arbeitseinsatzpolitik wie auch die zunehmende Dominanz der staatlich geregelten Lohnpolitik dar. Der Versuch des Nationalsozialismus, das Verhältnis zwischen staatspolitischen Erfordernissen, Wirtschafts- und Sozialpolitik neu zu gestalten, fand (bereits) bis 1938 in diesen Bereichen Niederschlag (Lohnregulierung, Einführung von Arbeitsbüchern, Einführung der Dienstverpflichtung usw.).

Ebenso wie der Austrofaschismus hat auch der Nationalsozialismus den Anspruch vertreten, die sozialen Lebensverhältnisse zu verbessern. Letzteres ist an einschlägigen Parolen des Nationalsozialismus „Brot und Arbeit“ oder „Schönheit der Arbeit“ ablesbar. Anspruch und soziale Realität korrelierten im Austrofaschismus negativ. Das im Gefolge der Weltwirtschaftskrise enorm angestiegene Niveau der Arbeitslosigkeit (ca. 25% Arbeitslosenrate) hatte sich nicht zuletzt durch eine restriktive Budget- und Hartwährungspolitik bis 1938 nur wenig verändert.<sup>5</sup> Eingeordnet ihren budget- und wirtschaftspolitischen Prioritäten betrieb die Regierung sozialpolitisch Abbaupolitik, von der insbesondere Arbeitslose ebenso wie Rentner betroffen waren.

Im Vergleich dazu erfolgte in Deutschland im Zusammenhang mit der Forcierung der Aufrüstung und staatlicher Nachfragepolitik eine beträchtliche Ausweitung der Beschäftigtenzahl. Der Abbau der Arbeitslosigkeit brachte für die Betroffenen eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Materiellen Verbesserungen durch Lohnerhöhungen allerdings stand die offizielle Lohnstoppolitik entgegen, Preiserhöhungen führten zur Senkung der Kaufkraft der Löhne. Die Politik der Stabilisierung des Lohnniveaus wurde im Gefolge der zunehmenden Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und der Nachfrage nach Facharbeitern z.T. durch betriebliche Strategien unterlaufen.<sup>6</sup> Neben den ökonomischen Bedingungen spielten politische Gründe eine Rolle dafür, daß das Niveau sozialer Sicherungsleistungen weitgehend fortgeschrieben wurde. Damit zeichnet sich allerdings – wie Mason belegt – ein Dilemma ab, das für die Entwicklung der Sozialpolitik ab 1935 von wesentlicher Relevanz ist: „Die Sicherung der inneren Stabilität des Regimes ließ es geboten erscheinen, der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen; diese wiederum waren nur auf Kosten der Aufrüstung und damit der zentralen außenpolitischen Intentionen durchzusetzen.“<sup>7</sup>

Die Bemühungen um das „Wohlwollen“ der Beherrschten und die Verschränkung konfligierender Interessen in der Sozialpolitik, deren Träger Vertreter des Staatsapparates (Reichsarbeits-, Reichsfinanz-, Reichswirtschafts-, Reichsinnenministerium), des Parteiapparates (Stellvertreter des Führers, DAF) sowie die Gauleiter – bei Einbeziehung von Unternehmerorganisationen – waren, schlug sich in Inkonsistenzen nieder.<sup>8</sup> Die Spitze im Entscheidungsprozeß, der „Führer“, trug selbst dazu bei.<sup>9</sup>

#### Versprechungen – Erwartungen

Die unterschiedliche Entwicklung in den sozialen Lebensverhältnissen und der realisierten Politik in Deutschland und Österreich vor 1938 bildete einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die nationalsozialistische Propaganda zum einen, für Erwartungen von Österreichern an den Nationalsozialismus zum anderen. In Flugblättern und Streuzetteln<sup>10</sup> wurde seitens der illegalen NSDAP auf die im Vergleich zu Deutschland prekäre soziale Situation der Arbeiter verwiesen. Die Förderung von Erwartungen wurde im März 1938 und vor der Volksabstimmung im April intensiviert: „Gulaschkanonen“ zur Gratisausspeisung führen zuerst in Arbeiterbezirken auf.<sup>11</sup> Der Aktivitätsradius der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt wurde ausgeweitet.<sup>12</sup> Bei Massenveranstaltungen<sup>13</sup> kündigten Göring und Bürckel, der auch mit der Vorbereitung der Volksabstimmung betraut war, eine Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse der Arbeiter durch die Arbeitsbeschaffung und das Inkrafttreten der Alters- bzw. Invalidenversicherung sowie die Einführung von Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen<sup>14</sup> an.

Die Gratisauspeisung in Simmering wurde mit „Führer“-Grüßen an die Arbeiter verbunden: „Arbeitskameraden von Wien! Deutsche Männer und Frauen. Das ist immer so, daß wir zuerst in die Viertel gehen, in denen Not und Elend zu Hause sind, so wie hier bei Euch in Simmering... Der Führer weiß, daß Ihr seit Jahren zu lachen verlernt habt, da Euch Not und Elend tiefe Sorgenfurchen zogen und Ihr, zur Arbeitslosigkeit verdammt, nicht wußtet, wie Ihr Eure Familien und Euch selbst ernähren solltet. Um Euch zu zeigen, daß Ihr nicht allein steht, sind wir ohne viel Aufhebens davon zu machen, zu Euch gekommen. Der Führer schickt uns und bittet Euch, seine Grüße entgegenzunehmen.“<sup>15</sup>

Der Wiener Bürgermeister Neubacher forcierte die Bemühungen zur Integration und Gewinnung insbesondere der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter – bekannt als „Aktion Neubacher“.<sup>16</sup> Der „Völkische Beobachter“ fungierte – wie das einleitende Zitat exemplarisch zeigt – als unermüdlicher Propagandist sozialpolitischer Versprechungen.

Der Sozialpolitik kam nicht nur zur Sicherung der Loyalität und Legitimation unmittelbar in Zusammenhang mit dem Anschluß/der Annexion, sondern auch in den folgenden Jahren bei der Sicherung der inneren Stabilität und bei der Absicherung der Kriegs- und Rüstungspolitik intentional und zum Teil real eine wichtige Rolle zu. Selektiv positive Einschätzungen des Nationalsozialismus – auch nach 1945 – basieren vor allem auf den sozialpolitischen Aktivitäten des Nationalsozialismus vor Kriegsbeginn, wie Arbeitsbeschaffung, Kinderbeihilfen, Einbeziehung von ausgesteuerten Arbeitslosen oder Einführung der Altersrente für Arbeiter. /.../

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Verelendung in Österreich war es für die nationalsozialistische Propaganda nicht schwer, mit Losungen wie „Brot und Arbeit“ Erwartungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen durch einen „Anschluß“ zu befördern. Zur gleichen Zeit, als in Deutschland bereits ein Arbeitskräftemangel auftrat, gab es in Österreich 1937 im Jahresdurchschnitt 464.000 registrierte Arbeitslose. Die Arbeitslosenrate lag bei ca. 22%, nur noch die Hälfte der Arbeitslosen bezog eine Unterstützung.<sup>17</sup> Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Aufnahme von ausgesteuerten Arbeitslosen in die Arbeitslosenunterstützung zählten zu jenen Programmpunkten, die unmittelbar nach dem „Anschluß“ propagiert wurden.<sup>18</sup> Wirtschaftliche Maßnahmen<sup>19</sup> (z.B. Investitionen in Aufrüstung, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Erschließung von Rohstoffen), Produktionsausweitung und die Vermittlung von Arbeitslosen nach Deutschland (1938: ca. 100.000) trugen zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 276.000 im Jahresdurchschnitt 1938 auf 66.000 1939 und 22.000 1940.<sup>20</sup> Dieser Prozeß am Beispiel Wiens aufgezeigt<sup>21</sup>: im April 1938 waren 204.306 Arbeitslose<sup>22</sup> registriert, Ende Jänner 1939 84.027, Ende Jänner 1940 37.502, Ende Jänner 1941 4.291 und Ende Jänner 1942 599 Arbeitslose.

Bedeutete für die Betroffenen dieser Prozeß die Realisierung von „Brot und Arbeit“, so für die nationalsozialistischen Machträger die Nutzbarmachung brachliegender Arbeitskräfte-reserven – angesichts von Arbeitskräfteknappheit im „Altreich“ und im Hinblick auf die Absicherung der Politik der Kriegsvorbereitung. Dem diente nicht nur die politisch forcierte „Arbeitsbeschaffung“, sondern ebenso ein weiterer Schwerpunkt der nationalsozialistischen Sozialpolitik: die Politik des Arbeitseinsatzes bzw. die mittels einer breiten Palette staatlicher Zwangsmaßnahmen organisierte Allokation der Arbeitskräfte. Diese reichte von der Einführung des Arbeitsbuches, des Arbeitsdienstes, der Dienstpflicht, des weiblichen Pflichtjahres bis zur Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels oder der Meldepflicht unter dem Motto des „totalen Arbeitseinsatzes“.

Wenn auch in Österreich 1938 ein quantitativ beträchtliches Arbeitslosenpotential vorhanden war, fanden die seit 1936 forcierten Bemühungen um eine straffere Lenkung des Arbeitseinsatzes<sup>23</sup> schon bald nach dem „Anschluß“ in der Ostmark ihren Niederschlag: das Arbeitsbuch<sup>24</sup> und der Reichsarbeitsdienst<sup>25</sup> wurden eingeführt, die Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 22. 6. 1938 erlangte Geltung. Diese Verordnung bildete die gesetzliche Grundlage für eine allgemeine, zeitlich begrenzte Dienstpflicht von Reichsangehörigen. Beim Bau des

**Arbeitslosigkeit –  
Arbeitseinsatz –  
Militarisierung  
der Arbeit**

Westwärts 1938 kam dieses Instrument zum ersten Mal in größerem Umfang (400.000 Dienstverpflichtete) zur Anwendung. Die Dienstverpflichtung wurde im Februar 1939 noch ausgedehnt (Möglichkeit zur Verpflichtung von Einzelpersonen wie von ganzen Belegschaften auf unbegrenzte Zeit).<sup>26</sup> Für die Militarisierung der Arbeit im Nationalsozialismus sind diese Verpflichtungen eindrücklicher Beleg. In Worten des Reichstreuhanders Proksch: „Die Dienstverpflichtung schränkt die persönliche Freizügigkeit weitestgehend im Interesse des Volksganzen ein und kann mit Recht als wirtschaftlicher Gestellungsbefehl bezeichnet werden.“<sup>27</sup> Zugleich erfuhr die staatliche Regulierung des Arbeitseinsatzes durch die Möglichkeit zur Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels eine bedeutende Erweiterung. Kam letztere vorerst in einigen „neuralgischen“ Bereichen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau, chemische Industrie, Baustoffherstellung, Eisen- und Metallwirtschaft) zur Anwendung, so wurde mit Kriegsbeginn der Arbeitsplatzwechsel noch stärker restringiert. Betriebsführer und Arbeiter durften – von einigen Ausnahmen abgesehen – das Arbeitsverhältnis nur kündigen, wenn das Arbeitsamt der Lösung des Arbeitsverhältnisses zugestimmt hatte.<sup>28</sup>

Trotz intensiver Bemühungen und Maßnahmen zur Steigerung des Arbeitseinsatzes, wozu die Einführung des weiblichen Pflichtjahres,<sup>29</sup> die Einstellung von Pensionisten, Betriebsstilllegungen oder „Auskämmungen“ von Betrieben zur Freimachung von Arbeitskräften zählten, verzeichnete auch die Ostmark merkbare Probleme auf der „Arbeitsfront“: Die Maßnahmen der Einsatzlenkung stießen in Betrieben auf Schwierigkeiten. Dem gestiegenen Bedarf der Rüstungsindustrie und bei Bauvorhaben sowie der Nachfrage in der Landwirtschaft standen zu geringe Reserven an Arbeitskräften gegenüber – trotz der quantitativ beträchtlichen Ausweitung der Zwangsarbeit von zivilen Ausländern/innen und Kriegsgefangenen.<sup>30</sup> Der Facharbeitermangel wurde – auch im Zusammenhang mit Dienstverpflichtungen von Facharbei-

#### „ARISIERUNGEN“ JÜDISCHER BETRIEBE UND GESCHÄFTE IN WIEN

	Gesamtstand der Betriebe 1938	davon Betriebe von Juden	aufgelöst	arisiert
<b>Handwerk in Wien</b>				
Glaser	549	58	51	7
Schlosser	1787	98	85	13
Tischler	3963	102	87	15
Tapezierer	1063	259	251	8
Kleidermacher	13434	1797	1681	116
Schuhmacher	5112	391	368	23
Modewaren	3413	1093	938	155
Bäcker	806	30	14	16
Fotografen	822	182	143	39
Baugewerbe	1647	160	149	11
Gast- u. Schankgewerbe	7970	1119	852	267
Mieder- u. Wäscherzeuger	4769	1571	1449	122
<b>Einzelhandel in Wien</b>				
Nahrungs- u. Genußmittel	15163	2609	2419	190
Textil	3642	2630	2163	467
Möbel	313	159	107	52
Eisenwaren	863	304	251	53
Drogen	1849	713	557	156
Maschinen	187	68	54	14
Papier- und Galanteriewaren	1494	458	419	39

(Die Statistik wurde zusammengestellt aus: AVA, Handelsministerium, Präs. Auskünfte 1938, Karton 710; und: Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft, Bericht über die Entjudung der Ostmark, Wien 1.2. 1939, S. 48f.

[Die Statistik stellt eine Auswahl verschiedener Handwerks- und Einzelhandelsbranchen dar.]

Zitiert nach: Witek, Hans: „Arisierungen“ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938–1940.

In: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.):

NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien (Verlag für Gesellschaftskritik) 1988, S. 212.

tern in das „Altreich“ – akut.<sup>31</sup> Die Forcierung des Arbeitseinsatzes von inländischen Frauen zeitigte – wie Berichte zeigen – keineswegs immer den gewünschten Erfolg.<sup>32</sup>

Um eine bessere Koordinierung des Arbeitseinsatzes, der zunehmend für die Kriegspolitik und Kriegswirtschaft zentrale Bedeutung erlangte, zu erreichen, wurde 1942 per Führererlaß die Funktion eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (Gauleiter Sanckel) geschaffen – mit Kompetenzen für die Rekrutierung und Verteilung der Arbeitskräfte wie auch zur Bestimmung von Lohn- und Arbeitsbedingungen.<sup>33</sup> Trotz weiterer Vorkehrungen (wie Bekämpfung des „Bummelanten-Wesens“ und der „Arbeitsuntreue“, weitere Einschränkung des Arbeitsplatzwechsels) verschlechterten sich die Bedingungen für die nationalsozialistische Arbeitseinsatzpolitik insgesamt ab Herbst 1942 – aufgrund der Veränderungen der militärischen Lage.<sup>34</sup>

Die Reaktion darauf war die Ausrufung des „totalen Arbeitseinsatzes“. Diese Losung zielte in erster Linie auf eine striktere Ausschöpfung des bisher noch nicht erfaßten Frauenarbeitskräftepotentials. Das Instrument dazu stellten die Meldepflichtverordnungen aus 1943 und 1944 dar.<sup>35</sup> Wenn damit auch keineswegs der offene Bedarf gedeckt werden konnte, zeitigte diese Aktion ansatzweise Erfolge. So wurden beispielsweise laut Bericht aus Niederdonau bis September 1943 aufgrund der Meldepflichtverordnung vom Jänner 1943 ca. 30.000 Personen (davon 25.000 Frauen) eingesetzt.<sup>36</sup> Der Anstieg der Industriebeschäftigung inländischer Frauen in der Ostmark 1943/44 dürfte ebenso damit in Zusammenhang stehen.<sup>37</sup> Die Ausweitung der Frauenbeschäftigung in der Ostmark insgesamt resultierte allerdings in erster Linie aus der beträchtlichen Zunahme von ausländischen Zwangsarbeiterinnen.

1944 wurde ein weiterer Versuch unternommen, durch Verschärfung der Meldepflichtverordnung eine Umschichtung des Arbeitskräftepotentials zu erzwingen. Dieser Versuch wurde „schon bald von der militärischen Entwicklung überrollt“.<sup>38</sup>

## Resümee

Im Hinblick auf das Ziel der Befriedung der „inneren Front“ sind Bemühungen konstatierbar, die Auswirkungen der Aufrüstungs- und Kriegspolitik auf die Arbeitsbedingungen für die „deutschen Arbeiter“ abzuschwächen. Trotzdem ist offenkundig, daß die Neugestaltung der Arbeitsbeziehungen durch den Nationalsozialismus, die in ihren wesentlichen Punkten bis 1945 aufrecht blieb, die strukturelle Ungleichheit der Lohnabhängigen durch die Ausschaltung jeglicher eigenständiger Interessenorganisation, durch die Unterordnung unter die Aufrüstungs- und Kriegspolitik sowie durch die – auch gesetzlich verankerte – alleinige Entscheidungsbefugnis des Unternehmers verstärkt hat. Der staatliche Gewaltapparat sicherte außerbetrieblich die im Arbeitsrecht fixierte Entrechtung der Lohnabhängigen ab.

### „ARISIERUNGEN“ UND AUFLÖSUNGEN IN DEN WICHTIGSTEN WIRTSCHAFTSSEKTOREN

Gegenüber der jüdischen Bevölkerung wurden ausschließlich Maßnahmen der Enteignung, Vertreibung und Vernichtung getroffen. „Arisierungen“ und Liquidierungen jüdischer Geschäfte und Betriebe erfolgten nicht nur aus rassenideologischen Gründen, sondern hatten auch wirtschaftliche Zwecke. Größere, mit Gewinn arbeitende Betriebe wurden in der Regel „arisiert“, d.h. weitergeführt, während kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe aufgelöst und damit die Wettbewerbsbedingungen für „deutsche“ Betriebe verbessert wurden.

	Handwerk	Handel	Industrie	Privatbanken
<b>Betriebe jüdischer Eigentümer und Anteilseigner</b>	13046	10992	966	85
„Arisiert“	1689	1870	719	8
Liquidiert	11357	9112	247	77

*[Die Statistik wurde zusammengestellt nach: Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft, Bericht über die Entjudung der Ostmark, Wien 1.2. 1939, S. 10.]*

*Zitiert nach: Witek, Hans: „Arisierungen“ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938–1940.*

*In: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.):*

*NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien (Verlag für Gesellschaftskritik) 1988, S. 216.*

In der subjektiven Wahrnehmung konnte diese Entrechtung auf dem Hintergrund der bereits im Austrofaschismus realisierten Einschränkungen des Handlungsspielraumes, vor allem aber – vorerst zumindest – durch die Erfahrung der nationalsozialistischen Umwerbung von Arbeitern, von innerbetrieblichen Verbesserungen („Schönheit der Arbeit“) oder in Aussicht gestellten Freizeitvergünstigungen („Kraft durch Freude“) relativiert werden.

Integrations-, Legitimations- und Befriedungsstrategien der nationalsozialistischen Machttäger spielten auch für die Entwicklung der Sozialversicherung eine wichtige Rolle. Diese Strategien standen im Spannungsfeld zu der politischen Priorität der materiellen Ressourcenallokation zugunsten der Rüstungs- und Kriegspolitik, der die Versuche einer zunehmenden Beschränkung des Konsums und der Kaufkraft korrespondierten.

Die materiellen Zugeständnisse im Bereich des Leistungswesens hielten sich in engen Grenzen, weitreichende Veränderungen – wie die von der DAF propagierte Neuordnung des Gesundheits- und Sozialversicherungswesens – wurden auf die „Friedenszeit“ vertagt. Für die Lohnabhängigen der Ostmark im speziellen zeitigten diese Begrenzungen nicht unbeträchtliche Konsequenzen – ablesbar an der offenkundigen Diskrepanz zwischen Versprechungen, Erwartungen und tatsächlich realisierten Maßnahmen insbesondere im Bereich der Altersversorgung. Die als sozialpolitische Großtat propagierte Neueinführung der Alters- (bzw. Invaliden-)versicherung der Arbeiter hatte nicht bloß keine wesentliche Änderung für jene gebracht, die bis Ende 1938 in Pension gingen. Aufgrund der Einführungsmodalitäten blieben vielmehr auch die neuen Renten auf einem vergleichbar niedrigen Niveau.

Unstrittig hat die Beschäftigungsexpansion nach dem „Anschluß“ zur Verbesserung der materiellen Bedingungen der Lohnabhängigen im Vergleich zu den vorausgehenden Jahren beigetragen. Diesem Positivsaldo nationalsozialistischer Politik stand das auch politisch relevante Faktum der nichtbeseitigten Ungleichstellung der Ostmark gegenüber dem „Altreich“ im Hinblick auf den materiellen Lebensstandard (Löhne, Renten) entgegen. Zudem bildete „Brot und Arbeit“ nur die eine Seite nationalsozialistischer Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitseinsatzpolitik. Die andere Seite ist die Nutzbarmachung brachliegender Arbeitskräfte-reserven im Sinne der expansionistischen Kriegs- und Rüstungspolitik – verbunden mit der Militarisierung der Arbeit, mit Arbeitszwang, mit der Beseitigung der persönlichen Freizügigkeit und der intensivierten Ausbeutung „deutscher Arbeiter/innen“, mehr noch von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen.

Die nationalsozialistische Sozialpolitik stellt eine extreme Variante einer „Sozialpolitik von oben“ dar. Nach der gewaltsamen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und unter den Rahmenbedingungen der inner- und außerbetrieblich abgesicherten Unterdrückung der Arbeiterschaft war der sozialpolitische Entscheidungsprozeß durch die zuständigen Träger des Staatsapparates (Arbeits-, Finanz-, Wirtschafts- und Innenminister), die Führungsspitze der Partei („Führer“, Stellvertreter des „Führers“), durch die Gauleiter (Repräsentanten sowohl des staatlichen wie des Parteiapparates), die Vertreter der DAF und von Unternehmerorganisationen geprägt.

Die Polykratie der Herrschaftsstruktur zeitigte auch im sozialpolitischen Bereich Auswirkungen. Bei Konsens in grundsätzlichen Fragen – beispielsweise betreffend die Unterordnung der Sozialpolitik unter die kriegs-, rüstungs- und wirtschaftspolitischen Prioritäten oder die Privilegierung des „deutschen Arbeiters“ auf Basis der verschärften Ausbeutung der materiellen und personellen Ressourcen der besetzten Gebiete – ist die konkrete Ausgestaltung der Sozialpolitik geprägt von Kompetenzkonflikten und kontroversiellen Positionen – insbesondere im Bereich der materiellen Leistungen. An den Aktivitäten und sozialpolitischen Vorstößen der Gauleiter und der DAF wurde deren funktionsbedingter größerer Legitimationsbedarf offenkundig. Diese Aktivitäten fanden an den Prioritäten einer expansionistischen Aufrüstungs- und Kriegspolitik ihre Grenze. Hand in Hand mit dem Ende der Blitzkriegserfolge ging zudem eine Veränderung der innenpolitischen Strategien einher – ablesbar an der Verschlechterung der Lebensbedingungen: beträchtliche Einschränkung in der Versorgung mit Bedarfsgütern, Verschärfung des Arbeitszwangs, Intensivierung des Terrors gegenüber verschiedenen, meist individuellen Widerstandsformen in den Betrieben.

Selektive Problemwahrnehmung – auch nach 1945 kein Einzelphänomen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – vermag mit dieser Politik Positives zu assoziieren. Diese Selektivität wurde durch die gezielt eingeschränkte Durchschaubarkeit von Strategien und realisierter Politik im Nationalsozialismus gefördert. Ebenso kann dazu das Akzeptieren von Ankündigungen beigetragen haben, daß große sozialpolitische Vorhaben des Nationalsozialismus erst nach der „siegreichen Beendigung“ des Krieges durchgeführt werden könnten. Bemerkenswert ist, daß auch heute noch – obwohl durch wissenschaftliche Analysen die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt differenzierter erfaßt werden kann – derlei selektive Wahrnehmungen überdauern.

Aus: Tálos, Emmerich: *Sozialpolitik 1938–1945. Versprechungen – Erwartungen – Realisationen.*  
In: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.): *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945.*  
Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988, S.115–118; 130–134.

- 1 Siehe E. Tálos, Sozialpolitik und Austrofaschismus, in: E. Tálos/W. Neugebauer (Hg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, 3. Auflage, Wien 1985, S.166ff.
- 2 Gesetz vom 20.1.1934 (RGBl I, S.45).
- 3 Siehe nähere Ausführungen über das AOG bei A. Kranig, Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, in: H. Steindl (Hg.), Wege zur Arbeitsrechtsgeschichte, Frankfurt 1984, S.461 ff., 468.
- 4 Siehe dazu z.B. M.-L. Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985, S.98ff., 114ff.
- 5 Daten über Arbeitslosigkeit siehe bei D. Stiefel, Arbeitslosigkeit, Berlin 1979, S.29.
- 6 Siehe Hinweis über Löhne und Lebenshaltung bei T.W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Opladen 1978, S.147ff. 229ff.
- 7 Ebenda, S.31.
- 8 Siehe ebenda, S.214, 240, 255, 260; Recker, Sozialpolitik, S.45ff, 193ff., 217f.
- 9 Siehe z.B. Recker, Sozialpolitik, S.114ff., 299.
- 10 Siehe Bestand im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Wien).
- 11 Siehe Berichte im Völkischen Beobachter v. 18.3.1938, S.4.
- 12 Siehe das Schreiben Hingefelds an Bürckel vom 9.4.38 sowie den Bericht der Dienststelle Ostmark des Amtes für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe im Hauptamt für Volkswohlfahrt v. 31.5.38, in: Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien (=AVA), Bestand Reichskommissar für die Wiedervereinigung, Karton 167.
- 13 Siehe Rede Görings vom 26.3.38, zit. In: Völkischer Beobachter v. 28.3.38; Rede Bürckels v. 24.3.38, in: Völkischer Beobachter v. 25.3.38.
- 14 Verordnung über die Einführung von Vorschriften auf dem Gebiet der Förderung der Eheschließungen und der Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien im Lande Österreich v. 30.3.1938 (RGBl I, S.341), in Kraft mit 1.4.1938.
- 15 Siehe: Völkischer Beobachter vom 18.3.1938. S. 14
- 16 Siehe R. Luža, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien-Köln-Graz 1977, S.103ff.; G. Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Wien-München 1978, S.129ff.
- 17 Siehe Stiefel, Arbeitslosigkeit, S.29
- 18 Siehe Rede Görings v. 26.3.38, in: Völkischer Beobachter v. 28.3.38; Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung 3/1938, S. 82ff.; Gesetz über besondere Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge (GBIÖ 206/38).
- 19 Siehe zu wirtschaftlichen Maßnahmen den Beitrag von Kernbauer und Weber in: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988.
- 20 Siehe F. Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978, S.122.
- 21 Siehe Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschaft- und Konjunkturforschung 8/1938, S.205; 4/1939, S.127; Der Arbeitseinsatz. Hg. v. Landesarbeitsamtbezirk Wien-Niederdonau, Jahrgang 1941 und 1942. Botz, „Anschluß“, S. 301. Für die Steiermark siehe Karner, Steiermark, S.303f.; für Salzburg siehe
- 22 Die hohe Zahl der Arbeitslosen hängt auch damit zusammen, daß durch die sog. Göring-Aktion bisher in Österreich Ausgesteuerte jetzt Arbeitslosenunterstützung beziehen konnten. Laut Monatsberichte des Wiener Instituts 7/38, S.187 waren dies für Wien 48.173 Personen.
- 23 Siehe Mason, Sozialpolitik, S.269ff.; Recker, Sozialpolitik, S.21
- 24 Im Rahmen der Verordnung über die Eingliederung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 20.5.1938; siehe auch F. Danimann, Die Arbeitsämter unter dem Faschismus, Wien 1966, S.35ff.
- 25 Verordnung über die Einführung des Reichsarbeitsdienstes im Lande Österreich v. 19.4.1938 (RGBl I S.400).
- 26 Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung v. 13.2.1939 (RGBl I S. 206).
- 27 A. Proksch, Zehn Jahre nationalsozialistische Arbeitsgestaltung, in: Kameradschaft der Arbeit 3/1943, S. 54; siehe ähnlich R. Strigl, Planmäßiger Arbeitseinsatz, in: Kameradschaft der Arbeit 13/1940, S.341–343.
- 28 Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels v. 1.9.1939 (RGBl I S.1685)
- 29 Anordnung über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten v. 13.3.39.
- 30 Siehe z.B. Berichte der Zweigstelle Ostmark des Reichsarbeitsministeriums für den Arbeitseinsatz v. 5.4.1940 sowie des Überleitungskommissars für die Landesarbeitsämter v. 9.5.40 (in: AVA Reichskommissar, Karton 35). Zur Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen siehe den Beitrag von Freund und Perz in: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945.
- 31 Siehe Hinweise im Schreiben des Reichsarbeitsministers v. 24.4.41 (BAK R 43II(1358b)).
- 32 Siehe z.B. Bericht der Zweigstelle Ostmark des Reichsarbeitsministeriums für Arbeitseinsatz v. 7.3.40 (in: AVA, Reichskommissar, Karton 35).
- 33 Erlaß v. 21.3.1942 (RGBl I S. 179).
- 34 Siehe Recker, Sozialpolitik, S. 176 ff.
- 35 Verordnungen v. 27.1.1943 (RGBl I S. 67), v. 10.6.1944 (RGBl I S. 1331), v. 28.7.44 (RGBl I S. 1681), v. 29.8.44 (RGBl I, S. 190) 35
- 36 Siehe z.B. Der Arbeitseinsatz im Gau Niederdonau, Jahrgang 1943/44, S.7.
- 37 Siehe Tabelle ebenda.
- 38 Siehe Beitrag von Freund/Perz in: Tálos, Emmerich, Hanisch, Ernst, Neugebauer, Wolfgang (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945.
- 39 Recker, Sozialpolitik, S. 293.

- 1938** 13. März: Rücktritt von Bundespräsident Miklas; seine Obliegenheiten übernimmt gemäß Verfassung 1934 Bundeskanzler Seyß-Inquart. Verlautbarung des Bundesverfassungsgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Das österreichische Bundesheer wird Bestandteil der Deutschen Wehrmacht (Vereidigung auf Hitler am 14. März).
15. März: Hitler spricht bei einer Großkundgebung auf dem Heldenplatz in Wien (nach einer Ansprache Seyß-Inquarts). – Erlaß Hitlers über die Einführung deutscher Reichsgesetze (ebenso am 17. 3.): Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (14. 7. 1933), Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (1. 12. 1933), Gesetz über den Neuaufbau des Reichs (30. 1. 1934), Reichsstatthaltergesetz (30. 1. 1935). An die Stelle der Bundesregierung treten Reichsstatthalter (Seyß-Inquart) und österreichische Landesregierung. Ersterem obliegt die alleinige Leitung und Verantwortung, die Mitglieder der Landesregierung sind dem Reichsstatthalter gegenüber weisungsgebunden und verantwortlich (Justiz, Heer, Äußeres direkt an das Reich; Unterricht und Kultur, Finanzen und Handel, Land- und Forstwirtschaft Kompetenzen des Landes Österreich). Erlaß Hitlers über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich.
16. März: Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.
18. März: Bischofskonferenz in Wien: Bejahung des Anschlusses. Runderlaß Himmlers über die Organisation der Geheimen Staatspolizei in Österreich. Berlin notifiziert dem Völkerbund das Anschlußgesetz (Österreich habe seit 13. 3. aufgehört, Mitglied des Völkerbundes zu sein). Das Ausland wandelt seine Vertretungen in Österreich in Konsulate um.
19. März: Verordnung zur Einführung des Vierjahresplanes im Lande Österreich.
27. März: Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe: Aufforderung, bei der Volksabstimmung mit „Ja“ zu stimmen.
31. März: Einzug der Österreichischen Legion in Wien (ca. 8000 Mann).
1. April: Erster Transport von Österreichern und Österreicherinnen in das Konzentrationslager Dachau.
3. April: Renner erklärt in einem Zeitungsinterview, bei der Volksabstimmung mit „Ja“ zu stimmen.
10. April: Volksabstimmung über Großdeutschland: 99,73% Ja-Stimmen in Österreich, 99,02% im „Altreich“.
1. Mai: Justizbehörden im Lande Österreich werden Reichsbehörden.
13. Mai: Erster Spatenstich zur Errichtung der „Reichswerke Hermann Göring“ in Linz.
20. Mai: Verordnung über die Eingliederung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und über die Regelung des Arbeitseinsatzes im Lande Österreich.
24. Mai: Reichsbürgergesetz, Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre in Kraft.
12. Juli: Verordnung über die Errichtung von Reichspropagandaämtern im Lande Österreich.
24. September: Verordnung über die Einführung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft im Lande Österreich: Reichswirtschaftskammer als gemeinsame Vertretung der Organisation der Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern.
29. September: Münchener Abkommen über die sudetendeutschen Gebiete.
1. Oktober: Beginn des Einmarsches deutscher Truppen in die sudetendeutschen Gebiete.
- Gesetz über die Gebietsveränderungen im Lande Österreich. – Bisheriges Gemeinderecht wird durch modifizierte Deutsche Gemeindeordnung 1935 ersetzt (Bürgermeister unter entscheidender Mitwirkung der NSDAP von Reichsbehörden bestellt). – Reichsarbeitsdienstpflicht in Kraft.
7. Oktober: Demonstration der Katholischen Jugend Wiens für Kardinal Innitzer auf dem Stephansplatz.
8. Oktober: NS-Überfall auf das Erzbischöfliche Palais in Wien.
8. bis 10. November: Aktionen der Nationalsozialisten gegen die Juden wegen des Mordes Grynspans an Legationssekretär Ernst v. Rath (Paris): Plünderungen, Verhaftungen, Synagogenbrände, Morde.
21. November: Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich.
- 1939** 1. Januar: Deutsches Sozialversicherungsrecht (Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter) in Kraft.
30. Januar: Josef Bürckel Gauleiter von Wien (bis 7. 8. 1940; Vorgänger der Österreicher Odilo Globocnik); 12. 4. bis 7. 8. 1940 Reichsstatthalter von Wien.
14. März: Ausrufung eines unabhängigen slowakischen Staates (unter deutschem Schutz).
16. März: Errichtung des „Protektorates Böhmen und Mähren“.
1. Mai: Seyß-Inquarts Funktion als Reichsstatthalter erlischt (wird Reichsminister); seine Befugnisse als Reichsstatthalter an Reichskommissar Bürckel. – Ostmarkgesetz in Kraft: An die Stelle der früheren Bundesländer treten die Reichsgaue (sollen Vorbild sein für die künftige territoriale Neugestaltung der Reichsgliederung; sind staatliche Verwaltungsbezirke und Selbstverwaltungskörperschaften; Reichsstatthalter an der Spitze); bis 31. März

- 1940 unterstehen sie dem Land Österreich und dem Reich, ab 1. April 1940 nur noch dem Reich. Entsprechen im Kern den ehemaligen Bundesländern.
20. Oktober:  
Erste Deportierung österreichischer Juden nach Polen.
21. Oktober:  
Deutsch-italienisches Abkommen über die wirtschaftliche Durchführung der Umsiedlung von Volksdeutschen und deutschen Reichsangehörigen aus Italien in das Deutsche Reich:
31. 12. 1942 als Abschlußtermin der Umsiedlung vorgesehen.
14. November:  
Verordnung über die Einführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes in der Ostmark.
- 1940** 7. August:  
Bisheriger Reichsjugendführer Baldur v. Schirach Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien (Bürckel Chef der Zivilverwaltung in Lothringen).
20. November:  
Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt (Deutsches Reich – Italien – Japan) durch einen Staatsakt im Belvedere zu Wien.
- 1941** 1. März:  
Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt durch einen Staatsakt im Belvedere.
25. März:  
Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt.
- 1942** 28. Juli:  
Der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull gibt die formelle Erklärung ab, daß die USA die Annexion Österreichs niemals anerkannt haben.
16. Dezember:  
Eintreten Stalins für die Wiederherstellung eines selbständigen Österreich.
- 1943** 18. bis 31. Oktober:  
Moskauer Konferenz: Österreich kein eigener Tagesordnungspunkt, nur im Zusammenhang mit der Neuregelung der deutschen Grenzen behandelt.
30. Oktober:  
Moskauer Erklärung der Alliierten über die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Österreich (Eden, Hull, Molotow), am 1. November veröffentlicht.
- 1944** 26. Mai:  
Zustimmung des amerikanischen Präsidenten zu einer gemeinsamen Besetzung Österreichs (bereits am 15. Januar 1944 Vorschläge der britischen Delegation bei der EAC= European Advisory Commission, am 18. Februar 1944 der sowjetischen Delegation betreffend Zonen als Teil der deutschen Zonen).
20. Juli:  
Attentat Oberst Stauffenbergs auf Hitler.
21. August:  
Erster britischer Entwurf an die EAC über eine Kontrollorganisation für Österreich nach der Kapitulation.
10. September:  
Beginn der schweren Luftangriffe auf Wien.
16. Oktober:  
Amerikanischer Fliegerangriff auf Salzburg.
9. Dezember:  
Zustimmung Roosevelts zu einer an Bayern angrenzenden US-Besatzungszone für Österreich.
14. Dezember:  
Memorandum des britischen Vertreters in der EAC Establishment of Selfgovernment for Austria der EAC vorgelegt.
18. Dezember:  
Konstituierung des Provisorischen Österreichischen Nationalkomitees (POEN) in Wien (katholisch-konservativ; Kontakte zu Sozialisten und Kommunisten).
- 1945** 4. bis 11. Februar:  
Konferenz Churchills, Roosevelts und Stalins in Jalta (u.a. Demarkationslinie für Österreich).
16. März:  
Memorandum des amerikanischen State Departments US Policy towards Austria: österreichische Exil- und Widerstandsgruppen in Österreich nicht als offizielle Vertreter Österreichs anzuerkennen.
18. März:  
Die französische Regierung anerkennt das „Provisorische österreichische Nationalkomitee“ als Vertretung Österreichs.
28. März:  
Sowjetische Truppen überschreiten die ehemalige österreichisch-ungarische Grenze.
1. April:  
Die Rote Armee erobert Wiener Neustadt.
3. April:  
Rudolf Wehrl provisorischer Bürgermeister von Wiener Neustadt (erste Stadtverwaltung in österreichischer Hand).
- 3./4. April:  
Der Wiener Oberfeldwebel Ferdinand Käs verhandelt als Beauftragter Hauptmann Szokolls mit dem sowjetischen Marschall Tolbuchin: Russischer Angriff von Westen, kampflöse Übergabe Wiens durch die Widerstandsbewegung.
5. bis 13. April:  
Schlacht um Wien.
6. April:  
Erhebungsversuch der Widerstandsbewegung in Wien (am 8. April Hinrichtung dreier Widerstandskämpfer).
9. April:  
Die rot-weiß-rote Flagge am Stephansturm und am Palais Auersperg.
14. April:  
Gründung der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) aus der Sozialdemokratischen Partei und den „Revolutionären Sozialisten“.
15. April:  
Gründung des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB).
17. April:  
Gründung der österreichischen Volkspartei (ÖVP) (mit bewußt breiterer Basis als die frühere Christlichsoziale Partei).
27. April:  
Proklamation der Parteien über die Wiederherstellung der Republik Österreich, unterzeichnet von Dr. Karl Renner und Dr. Adolf Schärf für die SPÖ, von Leopold Kunschak für die ÖVP und von Johann Koplenig für die KPÖ: Wiederherstellung der demokratischen Republik im Geiste der Verfassung von 1920, Anschluß null und nichtig, Einsetzung einer Provisorischen Staatsregierung. – Regierungserklärung der Provisorischen Staatsregierung: Inkraftsetzen der Verfassung von 1920/1929 (wirksam am 19.12.1945), „Vorläufige Verfassung“ für die Übergangszeit.

*Gekürzte Fassung aus: Bihl, Wolfdieter: Von der Donaumonarchie zur Zweiten Republik: Daten zur österreichischen Geschichte seit 1867, Böhlau Verlag, Wien-Köln 1989, S. 205 ff.*

**Austrofaschismus:** Das Korneuburger Programm der Heimwehren formulierte 1930 erstmals die Prinzipien des Austrofaschismus: Ablehnung des demokratischen Parlamentarismus und des Parteienstaats, Kampf gegen liberal-kapitalistische Wirtschaftspolitik, Ständestaat, autoritäres Führerprinzip. Im Ständestaat ab 1933/1934, der von christlichsozialen PolitikerInnen und Kreisen der Heimwehrbewegung getragen wurde, sollten diese Prinzipien umgesetzt werden.

**Bernardis, Robert:** Österreichischer Offizier, am 8. August 1944 wegen Beteiligung an dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 in Berlin hingerichtet. Bernardis war in die Pläne von Claus Graf Schenk v. Stauffenberg eingeweiht und gab am 20. Juli die Weisung zur Operation „Walküre“, die den Aufstand des Ersatzheeres in Wien einleiten sollte.

**Bürckel, Josef:** Gauleiter von Rheinland-Pfalz (später Westmark), wurde am 13. März 1938 zum „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ ernannt (bis 31. März 1940), gleichzeitig ab Mai 1939 „Reichsstatthalter der Ostmark“ und Gauleiter von Wien. Am 2. August 1940 wurde er Leiter der Zivilverwaltung in Lothringen. Sein Nachfolger als Reichsstatthalter und Gauleiter wurde Baldur v. Schirach.

**DAF:** Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) wurde am 10. Mai 1933 nach der Auflösung der Gewerkschaften im nationalsozialistischen Deutschland gegründet. Der Zusammenschluß von ArbeiterInnen, Angestellten und UnternehmerInnen in einer einzigen Organisation sollte eine reibungslose Umsetzung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik und eine bessere Kontrolle über den gesamten Produktionsprozeß gewährleisten.

**Deutschnationale Bewegung:** Politische Strömung, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausbildete und deren Ideen auch in der Ersten Republik und im Nationalsozialismus Verbreitung fanden. Hauptziele waren der Anschluß Österreichs an Deutschland und die Vorherrschaft der deutschsprachigen Länder innerhalb der Monarchie durch Abtrennung der slawischen Länder.

**Dollfuß, Engelbert:** Österreichischer Bundeskanzler von 1932–1934. Die Geschäftsordnungskrise des Parlaments 1933 nutzte er zu dessen Auflösung und regierte auf der Basis von Notverordnungen. Mit Unterstützung der Heimwehren beseitigte er schrittweise die parlamentarische Demokratie, erließ ein Parteienverbot und errichtete ein autoritär-ständestaatliches System unter Führung der Vaterländischen Front. Dollfuß wurde im Juli 1934 bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten ermordet.

**Legion, Österreichische:** Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich am 19. Juni 1933 organisierten sich österreichische Nationalsozialisten in Deutschland als „Österreichische Legion“. Von ursprünglich 3500 Mitgliedern

erhöhte sich nach dem Juliputsch 1934 die Zahl vorübergehend auf 9000 Mitglieder. Mit dem „Anschluß“ im März 1938 kamen die Mitglieder der „Legion“ nach Österreich zurück. Sie waren im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat jedoch nicht von Bedeutung.

**Lueger, Karl:** 1897–1910 Bürgermeister von Wien, war Mitbegründer der Christlichsozialen Partei. Lueger setzte wesentliche Schritte in der Kommunalpolitik. Seine populistische Haltung war von heftigem Antisemitismus und Antiliberalismus geprägt.

**Miklas, Wilhelm:** Christlichsozialer Politiker der Ersten Republik. Wilhelm Miklas war von 10. Dezember 1928 bis 13. März 1938 Bundespräsident. Im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Situation Österreichs verhielt er sich gegenüber dem Dollfuß-Regime zurückhaltend: Er verhinderte weder die Ausschaltung des Parlaments 1933 noch daß Dollfuß auf Basis des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes regieren konnte. Im März 1938 weigerte sich Miklas, das „Anschlußgesetz“ zu unterzeichnen, und trat als Bundespräsident zurück.

**Münchener Abkommen:** Auf der zur Lösung der „Sudetenkrise“ am 29. September 1938 in München einberufenen Konferenz, an der die Regierungschefs des Deutschen Reichs, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens teilnahmen, wurde die von Hitler geforderte Abtretung der sudetendeutschen Gebiete durch die Tschechoslowakei an das Deutsche Reich beschlossen. Die Haltung vor allem Großbritanniens, durch Zugeständnisse an Hitlers Expansionsbestrebungen die Kriegsgefahr zu verringern („Appeasement-Politik“), war in der „Sudetenkrise“ nur vorübergehend erfolgreich. Nach dem Einmarsch in Böhmen und Mähren im März 1939 gab der britische Premierminister Chamberlain diese Haltung auf und strebte eine Koalition mit Frankreich und der Sowjetunion gegen Hitler an.

**NSDAP:** Die österreichische NSDAP wurde am 4. Mai 1926 gegründet, nachdem sich ihre Vorläuferpartei, die 1904 gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“ (1918 in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ umbenannt) 1924 gespalten hatte. Bei den Nationalratswahlen 1930 errang die NSDAP kein Mandat, baute aber die Parteiorganisation und die Wehrformationen weiter aus (SA und SS). Bei Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien, NÖ und Salzburg 1932 konnte sie große Erfolge erzielen. 1933 wurde sie verboten, verübte in der Zeit der Illegalität zahlreiche Terroranschläge. Der Juliputsch am 25. Juli 1934 und die Ermordung des Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß führten zu Kämpfen in mehreren Bundesländern. Viele illegale Nationalsozialisten flüchteten nach Deutschland und schlossen sich dort der „Österreichischen Legion“ an. Auf Druck des nationalsozialistischen Deutschen Reichs wurde die NSDAP ab Juli 1936 in Österreich wieder weitgehend legalisiert.

**Reichsarbeitsdienst:** Der zuerst freiwillige Reichsarbeitsdienst wurde in Deutschland 1935 verpflichtend eingeführt. Er bezeichnete eine halbjährige Arbeitspflicht für alle Deutschen beiderlei Geschlechts zwischen 18 und 25 Jahren. Für Frauen wurde der Reichsarbeitsdienst de facto erst nach Kriegsbeginn eingeführt. Der Reichsarbeitsdienst umfaßte im wesentlichen Arbeiten in der Landwirtschaft, im Straßen-, Kanal- und Siedlungsbau.

**Reichskulturkammer:** Die am 22. September 1933 geschaffene Reichskulturkammer war ein Instrument der Gleichschaltung und Kontrolle aller „Kulturschaffenden“. Die zwangsweise Mitgliedschaft in den einzelnen berufsständischen Kammern (Reichskammern für Schrifttum, Theater, Musik, Film, Bildende Künste, Rundfunk und Presse) war Voraussetzung für die Berufsausübung.

**Schirach, Baldur v.:** 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1933-1940 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien. Baldur v. Schirach hatte ein enges Verhältnis zu Hitler, fiel aber 1943 in Ungnade, nachdem er die nationalsozialistische Ausrottungspolitik in Osteuropa kritisiert hatte.

**Schönerer, Georg Ritter v.:** Schönerer war in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts führender Politiker der Deutschnationalen Partei. Die „Alldeutschen“ um Schönerer traten vehement für einen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und eine Abspaltung der slawischen Kronländer von Österreich ein. Schönerers extremer Deutschnationalismus und Antisemitismus beeinflusste auch die deutschnationalen Parteien der Ersten Republik und die nationalsozialistische Ideologie.

**Schuschnigg, Kurt v.:** Der christlichsoziale Politiker wurde nach der Ermordung von Engelbert Dollfuß im Juli 1934 Bundeskanzler. Er versuchte die Prinzipien des Ständestaates zu verwirklichen, innenpolitisch drängte er den starken Einfluß der Heimwehren zurück, außenpolitisch konnte er dem wachsenden Druck des nationalsozialistischen Deutschen Reichs wenig entgegensetzen.

**Vaterländische Front:** Wurde 1933 von Engelbert Dollfuß als Sammelbewegung aller „vaterlandstreuen“ ÖsterreicherInnen gegründet. Nach dem Verbot aller anderen Parteien hatte die Vaterländische Front eine politische Monopolstellung inne. Sie war in eine Zivil- und eine Wehrfront gegliedert. Entgegen den Bestrebungen von Dollfuß wurde die Vaterländische Front jedoch keine Massenbewegung und konnte die politischen GegnerInnen des Ständestaates nicht für sich gewinnen.

**Vierjahresplan:** Am 9. September 1936 verkündete Adolf Hitler einen Wirtschaftsplan, der auf die Intensivierung der Wirtschaftsproduktion für den Krieg abzielte. Die deutsche Wirtschaft sollte unabhängig von Rohstofflieferungen des Auslands werden. Mit dem „Anschluß“ im März 1938 galt die Verwirklichung des Vierjahresplans auch für Österreich.

**Exenberger, Herbert, Koß, Johann, Ungar-Klein, Brigitte:** **Kündigungsgrund Nichtarier.**

**Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939, Wien (Picus Verlag) 1996**

Anhand von über 2000 Kündigungsakten der Gemeinde Wien aus den Jahren 1938/39 rekonstruieren die AutorInnen die Struktur der NS-Politik für den Bereich Gemeindebauten und die Auswirkungen für jüdische MieterInnen. Außerdem wurden Interviews mit überlebenden jüdischen GemeindebaumieterInnen geführt und ihre Erinnerungen ergänzend in den Band aufgenommen.

**Hagspiel, Hermann:** **Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938–1945, Wien (Braumüller Verlag) 1995**

Die komplexe Darstellung der NS-Herrschaft in Österreich bietet eine Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes und versucht, sowohl die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des NS-Systems zu analysieren als auch subjektive, alltagsspezifische Erfahrungen miteinzubeziehen.

**Rathkolb, Oliver u.a. (Hg.): Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreich '38, Salzburg (Otto Müller Verlag) 1988**

Der Sammelband behandelt die Auswirkungen nationalsozialistischer Herrschaft auf den Bereich der Medien und der Kunst, u.a. die Filmindustrie, Rundfunk und Zeitungswesen, Literatur, Journalismus und Wissenschaft. Der zweite Teil des Buches enthält regionalgeschichtliche Studien zum Zeitungswesen in den Bundesländern nach dem „Anschluß“.

**Schmid, Kurt, Streibel, Robert (Hg.):**

**Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland, Wien (Picus Verlag) 1990**

Die Beiträge des Sammelbandes basieren auf einem Symposium an der VHS Brigittenau, das gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes veranstaltet wurde. Die AutorInnen befassen sich mit dem Pogrom in historischer Perspektive, den Ereignissen der Pogromnacht in Wien, Graz, Krems und Westösterreich, der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien und der Situation der jüdischen Bevölkerung in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein weiterer Schwerpunkt gilt dem Thema „Gedenken“.